

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80  $\mathcal{M}$ , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 20. Oktober 1894.

Inserate die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 20  $\mathcal{M}$  Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße 12.

## Allerlei Sozialreform „von Oben“.

Die Herren „da oben“ in Regierungskreisen werden nicht müde, den nothleidenden Volkskreisen Hilfe und Fürsorge angebotlich zu lassen. Zwar haben sie bis jetzt nicht einzusehen vermocht, daß in der armen, ausgebeuteten Arbeiterklasse ein Nothstand existiert. Der entzieht sich ihrer Kenntnis. Ja, es gibt am grünen Tische Leute, die meinen, den Arbeitern gehe es „noch viel zu gut“. Aber den „Nothstand“ der preussischen Junker, welche die Hilfe des Staates für die Sicherung einer „standesgemäßen“ Existenz verlangen, den erkennt man da „oben“ unbedingt an.

Im Interesse dieser Junker, die nicht müde werden, ihre „Noth“ zu klagen, hat der preussische Minister Thielen kürzlich eine Eisenbahn-„Reform“ vorgenommen, indem er eine Einschränkung der Arbeiterrückfahrkarten verfügte. Diese Karten sollen es solchen Arbeitern, welche die Woche hindurch entfernt von ihrem Wohnort arbeiten, ermöglichen, am Sonntag ihre Familie und ihren Wohnort zu besuchen. Der Preis solcher Karten beträgt die Hälfte des gewöhnlichen Fahrpreises vierter Klasse, also 1  $\mathcal{M}$  pro Kilometer. Ein Freiherr v. Malchau-Moldin verlangte im Herrenhause eine Einschränkung solcher Karten bis auf die Entfernung von 80 Kilometern, damit die in Berlin und Stettin thätigen Arbeiter nicht an Sonntagen die sozialdemokratische Ansteckung auf das Land übertragen könnten. In Wahrheit glauben die Junker, durch solche Mittelchen die Freizügigkeit der Arbeiter zu Gunsten niedrigerer Löhne auf ihren Gütern beschränken zu können.

Um so schärfer ist es zu verurtheilen, daß Minister Thielen jetzt jenem Verlangen theilweise nachgegeben und vom 1. Oktober ab die Rückfahrkarten aufgehoben hat für den Verkehr zwischen Berlin und Biele (104 Kilometer), Döllensradung (111 Kilom.), Dühringshof (117 Kilom.), Dobrilugt-Kirchhain (102 Kilom.), Trebitz an der Elbe (112 Kilom.), Koblau (126 Kilom.), Bitterfeld und Dessau (131 Kilom.) und Magdeburg (141 Kilom.). Daß auch noch andere Verkehrsbeziehungen davon betroffen werden, darf als sicher angenommen werden; die Einzelheiten sind uns noch nicht allgemein bekannt geworden.

Wir bemerken noch, daß bei einer Rückfahrkarte von 100 Kilometern dem Arbeiter ein Opfer von 2  $\mathcal{M}$  für den Besuch seiner Familie am Sonntag auferlegt war. Im Jahre 1892/93 haben durchschnittlich 37.000 Arbeiter im ganzen Staate von Rückfahrkarten Gebrauch gemacht. Die Eisenbahnverwaltungen haben dabei keinen Schaden gehabt, sondern eine Einnahme erzielt, welche ihr sonst entgangen wäre.

In Erwägung der Interessen des Eisenbahnstaats kann also die Einschränkung nicht erfolgt sein; nein, die Eisen-

bahnverwaltung gibt in Wahrung der Sonderinteressen des Junkerthums einen Vortheil preis.

Daß von dieser „Reform“ auch sehr viele Bauarbeiter hart betroffen werden, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Sie bedeutet Alles in Allem nicht nur eine Verkehrserschwerung, sondern auch eine Erschwerung des Bemühens der Arbeiter, außerhalb ihres Wohnorts Beschäftigung zu suchen und zu finden. Das aber wieder ist gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, die so wie so schon wahrhaftig schlecht genug ist.

Ein prächtiges Pendant zu der „Reform“ des Ministers Thielen ist ein Erlaß, den sein Kollege, der preussische Minister des Innern, an die Oberpräsidenten gerichtet hat, um sie zur Förderung des — „Sparstuns“ anzuhalten. Dieser Erlaß — geradezu ein Ultimatum zu nennen — hat folgenden Wortlaut:

„Vor einiger Zeit ist auf die Nothwendigkeit hingewiesen worden, die breiten Schichten der Bevölkerung dadurch mehr an regelmäßiges Sparen zu gewöhnen, daß die Spargeliegenheit dem Sparner entgegenstehe, indem etwa folgendes Verfahren einzuschlagen sei. Kleinere Sparbeträge in Höhe von  $\mathcal{M}$  — 50, 1, 2 oder 4 werden durch Sparkastenboten allwöchentlich bei den Sparern abgeholt. Die Kassenboten quittieren über den Empfang durch Sparmarken, welche von den Sparern in besondere, 52 Fächer enthaltende Sparmarkenbücher eingeklebt werden. Nach Schluß des Sammeljahres werden die während desselben eingezahlten Spareinlagen mit 1 1/10 Prozent von der Sparkasse verzinst und die Sparmarkenbücher in Sparfassenbücher umgetauscht, auf welche dann in der bisher üblichen Weise weitere Spareinlagen eingezahlt oder zurückgenommen werden können. Die Durchführung dieser Vorschläge, die wenigstens in den Städten ohne größere Schwierigkeit möglich sein wird, erscheint im Interesse der Gewöhnung namentlich der minder bemittelten Volksklassen an regelmäßiges Sparen durchaus wünschenswert und würde voraussichtlich auf die Hebung des Sparwesenwesens förderlich einwirken. Ew. zc. erlaube ich demgemäß, bei den öffentlichen Sparkasten dortiger Provinz die Schaffung ähnlicher Einrichtungen in Anregung zu bringen und mir nach Jahresfrist zu berichten, inwieweit solche Organisationen in's Leben getreten und welche Erfolge damit erzielt worden sind.“

Dieser ministerielle Spar-Erlaß scheint einem „von oben“ gepflegten System anzugehören. Schon einige Zeit hindurch werden in den preussischen Staatsbetrieben die Arbeiter von der Verwaltung zum „Sparen“ mit väterlichen Ermahnungen angehalten. So hat der Direktor des königl. Feuerwerks-Laboratoriums zu Spandau, Herr Bahn,

ein förmliches Wettsparen „seiner“ Arbeiter veranstaltet. Er erließ an dieselben vor einigen Wochen eine Ermahnung zum Sparen in Rücksicht auf den „guten Verdienst“; er versprach dabei: daß aus dem Kontinuenfonds eine Prämie von 50  $\mathcal{M}$ , eine zweite von 30  $\mathcal{M}$  und sechs von je 20  $\mathcal{M}$  für diejenigen Arbeiter ausgesetzt werden sollten, welche nach Jahresfrist durch regelmäßiges Sparen den besten Erfolg erzielt haben. Natürlich sind es die Arbeiter, die den Kontinuenfonds erhalten! Der Herr Direktor hatte denn auch die Freude, als bald seiner Arbeiterschaft folgende Bekanntmachung unterbreiten zu können:

„Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, betr. Einrichtung einer Sparkasse, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß ein unverheirateter, handwerksmäßig nicht ausgebildeter Arbeiter des Feuerwerks-Laboratoriums in der Zeit vom 13. November v. J. bis zum 13. Juni d. J., d. h. in sieben Monaten, die Summe von 280  $\mathcal{M}$  (zweihundertachtzig) oder monatlich 40  $\mathcal{M}$  (vierzig) lediglich von seinem Arbeitsverdienst erspart hat.“

„Diesem Arbeiter spreche ich hierdurch meine Anerkennung aus.“

„Dieses Ergebnis liefert den Beweis, daß es den Arbeitern des Feuerwerks-Laboratoriums sehr wohl möglich ist, bei geordneter Lebensweise Rücklagen von ihrem Verdienst zu machen.“

Vielleicht ist durch diesen „Erfolg“ der preussische Minister des Innern zu der oben mitgetheilten Verfügung veranlaßt worden. Es ist nicht unsere Sache, zu untersuchen, wie der betreffende Arbeiter sein Sparen fertig gebracht hat. Ist auch ganz und gar bedeutungslos! Auf uns macht jene Verfügung den Eindruck, als sei der Herr Minister über die wirtschaftliche Lage der „breiten Schichten“ gar nicht unterrichtet.

Allgemein, im landläufigen Sinne, nennt man „Sparen“ ein Zurücklegen der nicht zum augenblicklichen Gebrauch erforderlichen, oder je nach der Lebenshaltung eines Menschen vom augenblicklichen Gebrauch ausgeschlossenen Existenzmittel. Aber welche Menge von Unterscheidungen greifen da Platz! Wie verschiedenartig und weit auseinanderliegend sind die Ansprüche der Menschen an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bequemlichkeit, Erholung und Genuß!

Die Lebenshaltung der großen Masse der Arbeiter ist bekanntlich abhängig von dem Umstande, daß sie auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind und daß dieser durchweg nicht ausreichend ist, um den Anforderungen, die wir vom Standpunkte der Kultur und der Ethik an ein menschenwürdiges Dasein stellen, zu genügen. Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen steht im strengsten Widerspruch zu all' jenen Anforderungen; sie haben unzureichende Nahrung, Kleidung und Wohnung; man fordert von ihnen übermäßige Leistung; sie entsöhnen der

nöthigen Erholung und sind auf höchst bescheidene, oft auch recht grobe Genüsse beschränkt. Viele sind periodischer oder dauernder Verdienstlosigkeit und damit der absoluten Armut und dem Elend überantwortet. Bei der Bemessung des Lohnes wird übrigens in der Regel lediglich die nothdürftigste Fristung der Existenz während der Arbeitsperiode berücksichtigt. Welche Entbehrungen das für die Arbeiter bedeutet, brauchen wir nicht näher auszuführen.

Wie also kommt man dazu, gerade von den nothleidenden arbeitenden Klassen die Übung der „Tugend des Sparens“ zu fordern?

Man sagt, es sei besser, der Arbeiter bringe sein Geld auf die Sparkasse, als er „verjubele“ es. Das mag richtig sein, infern unter „verjubele“ ein absolut unnützes, moralwidriges oder gar gesundheitsgefährliches Verschleudern des Geldes verstanden wird. Aber in den Kreisen der herrschenden Gesellschaft spricht man ja bekanntlich schon dann von „verjubele“, wo sich's für die Arbeiter thatsächlich nur um einen durchaus anständigen, vernünftigen und bescheidenen Genuß, der eine ansgewöhnliche Geis- ausgabe erfordert, handelt.

Zugegeben, daß es einer verhältnismäßig sehr kleinen Anzahl von Arbeitern möglich ist, etwas zu sparen, ohne gerade im landläufigen Sinne des Wortes zu darben, so beweist das ebensowenig die Möglichkeit des Sparens an sich, wie den Werth desselben für die große Masse der Arbeiter. Für diese bedeutet das ihr zugemuthete „Sparen“ thatsächlich ein Abdarben, eine periodische Verschlechterung ihrer so wie so schon schlechten Lebenshaltung. Was der Arbeiter verdient, das ist ja bei Weitem nicht das, was erforderlich ist, um äußerlich beschränkten Ansprüchen an's Leben genügen zu können. Jede Erhöhung seines Arbeitseinkommens soll er vernünftiger Weise in erster Linie auf die Verbesserung seiner Lebenshaltung in Nahrung, Wohnung, Kleidung zc. verwenden. Damit allerdings geht ein Wachsthum seiner Bedürfnisse vor sich; damit wird zugleich sein Streben nach immer günstigerer Lage ganz naturgemäß ein stärkeres und sein Widerstand gegen die Verschlechterung der Lebenshaltung durch Verkürzung des Lohnes zc. ein entschiedener. Aber gerade das ist es ja, was die Sparapostel vernichten wissen möchten, — jene sonderbaren Heiligen, welche das Sparen als einen Faktor zur „Lösung der sozialen Frage“ empfehlen.

Könnte diese Empfehlung durchschlagenden Erfolg haben, was die normale menschliche Natur gar nicht zuläßt, so würde die Sparkasse dem Staate und der Gesellschaft unheilbare Wunden schlagen. Woher die wirtschaftlichen Krisen? Sie haben ihre Ursache in der Thatsache, daß die Konsumfähigkeit der für die ganze Volkswirtschaft ausschlaggebenden arbeitenden Klassen durch ungenügendes Arbeitseinkommen vermindert ist. Es ist eine Unterkonsumtion eingetreten, die

von den Bulgärökronomen der herrschenden Schule unrichtig als „Ueberproduktion“ bezeichnet wird. Nun denke man sich dazu die „Eugen des Sparens“ im Sinne jener „Sozialreformer“ allgemein von den arbeitenden Klassen gelbt. Der Effekt wäre derselbe, wie in dem Falle, wo die Krisis zur Entbehrung zwingt; ja, es würde noch hinzukommen — ein besonderes Sinken der Löhne, welches daraus resultiert, daß der Kapitalismus bei Ermessung der Lohnhöhe sich an den Maßstab hält, den die Lebenshaltung des Arbeiters gibt. Sein Arbeitseinkommen würde, wenn das Sparen allgemein geworden, binnen ganz kurzer Zeit genau um denselben Betrag vermindert werden, den er spart.

Wer, selbst vom Standpunkt der herrschenden Wirtschaftsordnung, eine Hebung der Industrie und des Handels wünscht, der muß zunächst wünschen, daß die arbeitenden Klassen in die Lage kommen, mehr konsumieren, mehr ausgeben zu können, und nicht, daß sie „sparen“, also einen Theil ihres Einkommens der Zirkulation entziehen.

Der Kapitalismus verlangt vom Arbeiter rücksichtslose Entäußerung seiner Arbeitskraft; die Verausgabung dieser Kraft übersteigt in der Regel die Vereinnahmung neuen Kraftstoffes bedeutend; es bleibt ein Manko auf Kosten der Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters. Da gilt die Tugend der Sparlichkeit nichts; die Arbeiter, die größere Schonung fordern und eine Beschränkung der Arbeitszeit anstreben, die also sparen wollen am Grundkapital, der Arbeitskraft, um den Werth derselben zu erhöhen und länger davon zu existieren — die werden wohl gar als „Aufheber“ und „Ordnungsfeinde“ beschimpft; aber man verlangt von den Arbeitern, daß sie vom ungenügenden Einkommen sich einen „Entbehrungslohn“ zusammensparen!

Zudem bedenke man, in welcher besonders schlimmer wirtschaftlicher Situation die Arbeiterklasse sich gerade gegenwärtig befindet. Ungezählte Tausende sind wochen- oder monatelang arbeitslos, mit ihren Familien dem äußersten Elend überantwortet. Und von Tag zu Tag wächst, je näher wir dem Winter kommen, die Zahl der Arbeitslosen. Diejenigen, welche so glücklich sind, noch Arbeit und Verdienst zu haben, werden mit den denkbar niedrigsten Löhnen abgefunden, so daß auch sie unausgesetzt mit der Noth zu kämpfen haben. Einen erheblichen, reichlich den zehnten Theil ihres Arbeitseinkommens, müssen sie dem Staate bzw. dem Reiche in Form der Zölle und indirekten Steuern, die auf notwendige Konsumartikel gelegt sind, opfern. Und die Regierung will diese Lasten noch erhöhen!

Da kommt denn der preussisch-ministerielle Erlaß, die „breiten Schichten“ der Bevölkerung zum Sparen anzuhalten, „gerade recht!“ Wahrhaftig, zu sehr gelegener Zeit! Wie schade, daß nicht jeder deutsche Arbeiter es dem Muster-Sparer des Direktors Bahn im Potsdamer Feuerwerks-Laboratorium nachthut! Dann hätte die Regierung doch „Grund“, den Vorwurf, daß sie die Schultern der Schwachen zu stark belaste, als einen „haltlosen“ zurückzuweisen.

Aber wie wär's, wenn der Minister die ihm unterstellten Behörden anweisen möchte, der beständig anschwellenden Arbeitslosigkeit zu steuern durch Zuangriffnahme von Nothstandsarbeiten auf öffentliche Kosten?

Uns dünkt, das wäre sozialreformatorischer, als sein famoser Erlaß zur „Beförderung des Sparens“!

Nachdem dieser Artikel in Satz gegeben worden, kommt uns folgende Berliner Mittheilung zu Gesicht:

„Von den zuständigen Ministerien werden durch Vermittelung der königlichen Regierungen die Kommunen auf Mahregeln aufmerksam gemacht, die geeignet seien, dem Entstehen weitverbreiteter Arbeitslosigkeit vorzubeugen oder die Wirkungen eines unvermeidlichen Arbeitsmangels zu mildern. Wie der Staat, so hätten auch die kommunalen Vertretungen (Kreise und Gemeinden) in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber die Pflicht, der Arbeitslosigkeit nach Kräften dadurch entgegenzuwirken, daß sie allgemein und planmäßig auf eine zweckmäßige Vertheilung und Regelung der für ihre Rechnung auszuführenden Arbeiten Bedacht nähmen. Hierbei sei darauf hinzuwirken, daß Arbeiten, die nicht unbedingt an die Jahreszeit oder an bestimmte Termine gebunden seien, möglichst in Zeiten zu verlegen seien, in denen Mangel an Arbeitsgelegenheit zu befürchten sei. Es gelte dies ganz besonders von Arbeiten, bei denen auch nicht gelernte Arbeiter Verwendung finden könnten. Freilich seien auch Vorkehrungen zu treffen, um einen zu großen Zufluß Arbeitsloser nach einzelnen Orten zu hindern. Bei Arbeiten der gedachten Art würden also von den Kommunen nur solche Leute zu beschäftigen sein, welche in dem betreffenden Ort den Unterstützungswohnsitz haben oder daselbst wenigstens schon eine bestimmte Zeit in regelmäßiger Arbeit gestanden haben.“

Daß die öffentlichen Gewalten moralisch verpflichtet sind, durch möglichste Gewährung von Arbeitsgelegenheit der Arbeitslosigkeit nach Kräften entgegenzuwirken, hat die böse Sozialdemokratie ja immer erklärt. Aber was haben Regierungen und Kommunalverwaltungen noch im verfloßenen Winter darauf zu antworten gehabt? Sie seien nicht dazu da, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen.

Ohne Zweifel werden in den nächsten Monaten die Nothstandsbedingungen an Schärfe und Umfang zunehmen. Da können ja dann die zuständigen preussischen Ministerien sich darauf berufen, die mitgetheilte Mahnung „rechtzeitig“ erlassen zu haben. Demenswerthen Erfolg davon versprechen wir uns allerdings nicht. Doch brächten wir gerne in Erfahrung, wie man das Kunststück fertig bringen will, „einen zu großen Zufluß von Arbeitslosen nach einzelnen Orten zu hindern“.

„Grundstein“.

### Die Arbeit in der Fabrik.

Wenn man einmal in einer Fabrikstadt, zur Zeit, wo die Betriebe und die Geschäfte eine Pause machen, zur Mittagszeit etwa, den Strom der Arbeiterbevölkerung an sich vorüberziehen läßt, und dabei die Schaaren aufmerksam auf ihr Außerstes mustert, so wird man sofort bemerken — schreibt ein Arzt\*) — welche auffällig große Zahl von bleichen, hohlwangigen Gesichtern, von gebückten, kraftlosen, ausgezehnten Gestalten, von Verküppelungen und Verkrümmungen, von siechen und voreilig gealterten Körpern sich darunter befindet. —

Jeder mit den Verhältnissen der Arbeiter vertraute Menschenfreund wird die Wichtigkeit dieser aus dem Munde eines Arztes stammenden Worte unbedingt anerkennen müssen. Leider ist die Zahl jener Menschenfreunde eine äußerst geringe. Wäre das Gegentheil richtig, huldigte die Mehrzahl den Anschauungen des Arztes, die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und deren Kürzung wäre längst beschlossene Sache. So aber fehlt den meisten die Erkenntniß. Sie fehlt, weil die meisten mit den Anschauungen und der Lebens-

führung der Proletarier entweder gar nicht oder zu wenig vertraut sind, oder aber pekuniär Einbuße befürchten, vielleicht gar den Verlust ihrer Stellung beklagen, wenn sie offen und rückhaltlos die Schäden des modernen Industrialismus, die Schäden der Fabrikarbeit, deren Ursachen und Wirkungen besprechen.

Nicht mit Unrecht sagte auf dem letzten hygienischen Kongreß in Budapest ein deutscher Arzt: „Wir Aerzte sind für den Achtstundentag, jedoch wagt Niemand öffentlich für denselben einzutreten.“ Die Wichtigkeit jenes Satzes wird durch vorliegendes Werk bestätigt, dessen Verfasser unbekannt bleiben will — er nennt sich kurz „ein Arzt“.

Die von ihm geschilderte Arbeiterbevölkerung stellt er der besser situirten Gesellschaftsklasse gegenüber. „Wenn man eine Menschenmenge betrachtet — schreibt er — die der Straße oder dem Theater entströmt, und sich hauptsächlich aus den besseren Ständen zusammensetzt, so fällt der große Gegensatz sofort in die Augen.“ Der Arzt berücksichtigt hierbei, „daß es sich bei der Arbeiterbevölkerung um Menschen handelt, die in den jüngeren und mittleren Jahren stehen, daß den fünfziger Jahren angehörige Arbeiter eine große Seltenheit sind, weil sie zu schnell abgemüht und arbeitsunfähig geworden sind.“

Auch bei den Kindern, die einer Volksschule und einer Bürger- oder Privatschule entlaufen, treten dieselben Erscheinungen zu Tage. „Welche große Menge von blassen, schwächlichen, kränklichen, zurückgebliebenen oder verwachsenen Kindern sieht man da, schmalbrüstige, X- und O-beinige, mit Brillen auf der Nase und Watte in den Ohren, mit entzündeten Augen und verschwollenen Lippen, mit eiternden Drüsen und Narben am Halse, mit häßlichen Grinden und Hautausschlägen, bucklige und schiefe und hinkende gegenüber den fast durchgängig gut gewachsenen und gut genährten, blühenden Schulkindern aus besseren Familien.“

„Es ist kein schöner, kein erheiternder Anblick — schreibt weiter der Arzt — die Arbeitermassen so zu betrachten, wenn sie von ihrer Thätigkeit kommen, die Männer mit den ruhigen Gesichtern und abgetragenen, schmierigen Mitteln, die bleichen Weiber in ihren dürrigen Kleibern, man sieht ihnen das Ungefunde, die harte, drückende Ausnutzung ihrer Kräfte und das geistig abstumpfende ihres anstrengenden Berufes an.“

Der Arzt findet die Arbeitszeit viel zu lang, die Pausen viel zu kurz, dazu kommt, „daß die Arbeit zum größten Theile viel zu eintönig und gleichmäßig ist, häufig den Körper in eine bestimmte, andauernde Haltung zwingt, die leicht zur Ermüdung führt und mit der Zeit durch immerwährende Wiederholung gesundheitschädlich wirkt.“ Ganz ungenügend findet der Arzt die Mittagspausen, während welcher die Arbeiter in die entferntesten Quartiere hehen und mit dem Pfiff oder dem Glockenschlage „Gins“ wieder hinter dem Fabrikthore sein müssen. Diese Pausen sind keine Erholungspausen — sagt der Arzt, welcher sich in seinem Werke der Arbeit in den Geschäfts- und Fabrikräumen zuwendet, die ungenügend gelüftet sind. Werden alle diese Einflüsse bedacht und wird weiter in Erwägung gezogen, daß die Fabrikäle dumpf und schmutzig, die Fenster der Fabrikäle undurchsichtig gemacht sind, ein ohrbetäubender Lärm in gleichförmiger Weise jedes Gespräch oder Gesang unmöglich macht, die Nahrung, Kleidung und Wohnung unzulänglich ist, dabei das Gepein der Arbeitslosigkeit stets vor den Augen der Arbeiter schwebt, Krankheitsfälle sich häufen, so ist das fahle, abgeehrte, frühzeitig verfallene Aussehen der Arbeiterbevölkerung nicht mehr räthselhaft.

„Und so arbeiten diese Armen — heb' vollkommen richtig der Arzt hervor — ohne Aufheiterung, ohne Aussicht, jemals weiter zu kommen. So arbeiten sie einen Tag wie den anderen von Früh bis Abends, jahrein jahraus, immer wieder dasselbe, in denselben Räumen, auf demselben Fleck. Eine Hoffnung, daß sie mit der Zeit durch Ausdauer und Ausstrengung vorwärts streben könnten, gibt es nicht; im Gegentheil, die alten Arbeiter bekommen weniger Lohn... Der Grundsatz, daß man mit zunehmenden Lebensjahren bei Familienzunahme und gesteigerten Ansprüchen der Kinder mehr Unterhaltungsmittel zugestehet, gilt für alle Kreise bis hinauf zu den höchsten, für die Arbeiter aber gilt er nicht.“

Was der Arzt über die soziale Lage der Arbeiter geschrieben, die Kritik, welche er an der Arbeit in der Fabrik geübt, die Schlässe, welche er aus dieser Arbeit gezogen, sind oft von uns hervorgehoben und besprochen worden. „Fehler“ waren es, welche die Gegenstände so scharf beleuchteten, dem Arbeiter die „Zufriedenheit“ rauben wollten; „abgestandene Phrasen“ waren es, wenn wir die Nothwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und deren Verkürzung, wenn wir ein wirksames Arbeiterschutzgesetz verlangten und unsere Forderungen mit den von dem anonymen Arzt aufgestellten Beweisführungen begründeten. Daß unsere Forderungen gerecht, beweist nur zu gut der „Arzt“, dessen Menschenfreundlichkeit wir anerkennen, der aber nicht wagt, für seine Uebersetzung mit seinem Namen einzustehen. Auch ein Zeichen der Zeit.

### Zur Verfolgung der Gewerkschaften in Sachsen.

Wir haben bereits des Oefteren über die Verfolgungen, denen die Gewerkschaften seit längerer Zeit in Sachsen ausgesetzt sind, zu berichten gehabt; erst vor Kurzem brachten wir die Nachricht von der Auflösung des Metallarbeiter-Verbandes. Die Auflösung des Textilarbeiter-Verbandes, der in Sachsen eine nicht geringe Ausbreitung hat, war schon früher erfolgt.

Eine Folge der Auflösung waren zwei Prozesse, die sich am 21. bzw. 25. September vor den Schöffengerichten zu Stollberg und Hohenstein abspielten und durch welche den polizeilichen Maßnahmen das gerichtliche Siegel aufgedrückt werden sollte. Das ist auch thatsächlich geschehen, da die polizeilichen Maßnahmen durch die Verurtheilung der Angeklagten als berechtigt anerkannt wurden.

Die Anklagen stützten sich auf die §§ 24 und 33c des sächsischen Vereinsgesetzes; es wurde den Angeklagten, je nach ihrer Stellung, die sie in der Organisation einnahmen, zur Last gelegt, 1. Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, polizeilich nicht angemeldet zu haben; 2. Statuten und Mitgliederlisten jener Vereine der Polizei verweigert zu haben; 3. ein Verbindungsstreben jener Vereine miteinander zugelassen zu haben; 4. jene Vereine noch unterhalten oder ihnen angehört zu haben, nachdem bereits die polizeiliche Auflösung derselben verfügt war.

Gegen diese Anklage hatten sich im Ganzen 28 Personen zu verantworten, die, wie wir vorweg berichten wollen, mit Geldstrafen von 60 bis 6 M belegt wurden. Sie bestritten sämmtlich und in allen Punkten ihre Schuld; dieselbe wurde auch durch die vernommenen Zeugen nicht erwiesen; die Zeugenaussagen konnten die Ankläger höchstens in ihren Vermuthungen und vagen Annahmen bestärken. Die Angeklagten schienen sich der richterlichen Auffassung, daß ein Zweigverein ein selbstständiger Verein im Sinne des Gesetzes sei, anzuschließen, behaupteten aber, niemals einen solchen Zweigverein gebildet beziehungsweise geleitet oder ihn auch

\*) Die Noth des vierten Standes. Von einem Arzte. Verlag von W. Grunow, Leipzig.

nur als Mitglieder angehört zu haben. Sie wollten weder Filialen noch Zahlstellen des Textilarbeiter-Verbandes unterhalten haben, keine selbstständige und unabhängige Leitung der Mitgliedschaften kennen, sondern unter Aufsicht und Kontrolle des Verbandsvorstandes in Berlin stehen, also nur Einzelmitglieder des Verbandes sein, für die eine vom Vorstande ernannte Vertrauensperson die Geschäfte mit demselben besorgt.

Gegen diese Form der Organisation hat die sächsische Gerichtsbarkeit bis jetzt nichts einzuwenden, was für Organisationen, welche in Sachsen festen Fuß gefaßt haben, von großer Bedeutung ist. Es ist das die wichtigste Lehre, die aus den beiden Prozessen gezogen werden konnte und deren Anwendung nicht warm genug empfohlen werden kann. Durch die ausgedehnteste Anwendung dieser Lehre muß endlich festgestellt werden, ob die sächsischen Gerichte nichts gegen die lose, unabhängige Einzelmitgliedschaft haben, so lange sich nicht ein anderer Punkt findet, an dem man die Gewerkschaften fassen kann, oder ob sie es mit der Ansicht, daß die Einzelmitgliedschaft nach sächsischem Gesetz erlaubt sei und keine dem Gesetz zuwiderlaufende Verbindung darstelle, wirklich ernst meinen. Ist das letztere der Fall, so werden die Zentralverbände endlich wissen, wie sie in Sachsen zu organisieren haben. Die Vorstände haben dann einfach eine Person zu ernennen, welche die Beiträge der am Orte befindlichen Einzelmitglieder zu kassieren und dem Vorstande einzuschicken hat; außerdem kann dieselbe vielleicht noch das Verbandsorgan an die Mitglieder ausliefern, hat sich im Uebrigen aber aller Handlungen zu enthalten, die den Anschein erwecken könnten, sie sei der Beauftragte der am Orte befindlichen Mitglieder. Ist er der Beauftragte jener, so wird er zum Leiter derselben; wo eine Leitung, da ist auch nach Meinung der sächsischen Behörden ein Verein vorhanden, der den Bestimmungen des sächsischen Vereinsgesetzes unterliegt, sobald er sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt. Da das nach sächsischer richterlicher Auffassung bei den Gewerkschaftsorganisationen der Fall ist, dürfen sie nicht miteinander in Verbindung treten, was sie aber schon durch die bloße Thatsache des Verbundenseins miteinander thun. Ihre Verfolgung ist dann unausbleiblich.

Der Einwand der Angeklagten, daß bei Bestrebungen des Vereins, welche öffentliche Angelegenheiten berühren, — wie eine geregelte, der modernen Technik entsprechende Arbeitszeit, Abschaffung der Sonn- und Feiertags-, sowie der Ueberstundenarbeit, Vornahme statistischer Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Regelung des Verkehrs- und Herbergswesens, sowie des Arbeitsnachweises — nur für die Mitglieder des Vereins gepflegt werden und daher für den Verein interne, aber keine öffentliche Angelegenheiten seien, wurde mit dem Gegenstande, daß sie doch gegenwärtig öffentliche Angelegenheiten und Bestrebungen seien und als Nachahmung des öffentlichen Interesses berühren, ja beunruhigen, entkräftet. Auch der Einwand eines der Angeklagten, daß der Verein sich auf Grund des § 152 der Reichsgewerbe-Ordnung gegründet habe, diese aber als Reichsgesetz über dem sächsischen Landesvereinsgesetz stehe, wurde als unzutreffend zurückgewiesen. Wie der Angeklagte selbst zugab, sagte der Richter in der Begründung des Urtheils, sind die Bestrebungen des Textilarbeiter-Verbandes öffentliche und darum steht der Verband nicht unter dem Schutze des § 152 der Gewerbeordnung, nach welchem sich die Arbeiter zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen wohl über das ganze Reich verbinden könnten, sich aber

in dem Augenblicke außerhalb des Schutzbereiches der Gewerbeordnung begeben, wo sie sich außer mit Lohnfragen auch mit solchen Fragen beschäftigen, die schon vorhandene öffentliche oder doch schon öffentlich besprochene Einrichtungen betreffen.

Die Zentralverbände brauchen also nur auf die Erörterung solcher Fragen und Einrichtungen zu verzichten und sich nur auf das Bestreben zur Erringung höherer Arbeitslöhne zu beschränken — und das sächsische Vereinsgesetz wäre außer Kraft gesetzt; sie könnten dann Filialen und Zahlstellen auch in Sachsen unterhalten. Da sie aber in ihrem eigenen Lebensinteresse auf die Erörterung solcher Fragen und Einrichtungen nicht verzichten können, dürfen sie, um der sächsischen Verfolgungssucht die Spitze zu nehmen, in Sachsen keine Mitgliedschaften bilden, sondern nur Einzelmitglieder aufnehmen.

Vielleicht findet die Debuttkunst der sächsischen Behörden in dieser Einrichtung endlich ein Hinderniß, vor dem sie Halt zu machen gezwungen ist.

### Zur Naturgeschichte des deutschen Unternehmertums.

Auf dem internationalen Pariser Kongreß wurde bekanntlich die Frage aufgeworfen, die Bourgeoisie welches Landes die schlechteste, d. h. beschränkteste, und verfolgungs- und ausbeutungswützigste sei, und da die Vertreter jedes Landes die ihrige für die schlechteste erklärten, so ward die Frage schließlich von uns dahin beantwortet, die Bourgeoisien aller Länder seien gleich schlecht. Ist dies nun auch im Ganzen unzweifelhaft richtig, und ist der Kapitalismus auch seiner Natur nach in allen Ländern derselbe, so ist denn doch, insbesondere was die Unternehmertumsklasse betrifft, je nach dem Stande der politischen und gesellschaftlichen Bildung des Bürgertums der verschiedenen Länder, ein bedeutender Unterschied thatsächlich vorhanden.

Und da unser deutsches Unternehmertum in Bezug auf politische und gesellschaftliche Bildung hinter dem aller übrigen Länder zurücksteht, so ist es auch den Arbeitern gegenüber roher und rücksichtsloser als das irgend eines anderen Landes. Der englische Arbeitgeber — das hatten wir schon öfter Gelegenheit hervorzuheben — beutet ebenfalls aus, das liegt eben in der Natur des Unternehmertums, aber er betrachtet und behandelt den Arbeiter doch als ein gleichberechtigtes Wesen und achtet seine politischen Rechte. Anders der deutsche Arbeitgeber, der trotz seines im Durchschnitt ungläublich niederen Bildungsgrades in dem Arbeiter ein untergeordnetes Wesen sieht und ihm selbst die spärlichen Rechte zu rauben sucht, die der Staat dem Proletarier belassen oder gewährt hat. Niemals haben wir gehört, daß in England Arbeiter wegen Ausübung ihres Wahlrechts oder wegen ihrer Thätigkeit in der Arbeiterbewegung gemahnt worden sind. In Deutschland ist es das größte Verbrechen in den Augen des Unternehmertums, wenn ein Arbeiter von seinem Wahlrecht, vom Koalitionsrecht und von seinen anderen politischen Rechten freien Gebrauch macht. Nirgends wird die Hungerpeitsche so brutal geschwungen, nirgends mit den schwarzen Listen ein solcher Unfug getrieben, nirgends sind die Unternehmern so allgemein gegen die politischen Rechte der Arbeiter verschworen wie in Deutschland.

Wir sind in der Lage, wieder ein recht drastisches Beispiel geben zu können — in Gestalt eines vertraulichen Schreibens, das uns der stets freundliche Wind auf unser Post geweht hat.

Schauplatz ist der Wahlkreis Kalaun-Luckau in der Provinz Brandenburg und der Wirkungskreis des berühmten Klimbin-Strack, der in dem Alten-

stuck auch mit Namen prangt. Dasselbe ist unmittelbar nach der vorjährigen Reichstagswahl verfaßt, bei welcher Genosse Tempel sozialistischer Kandidat in jenem Wahlkreise war.

Das Altkensück, welches uns einen prächtigen Einblick in die geistige Werkstätte und die Denks- und Gefühlswelt dieser sauberen, sich dem Arbeiter weit überlegen denkenden Gesellschaft darbietet, hat folgenden Wortlaut:

Vertreten, resp. anwesend waren: die Anhalt. Kohlenwerke durch Herrn Direktor Froberg; Hencel's Braunkohlenwerke durch Herrn Direktor Märker; Glettwitzer Werke J. Treuberg durch Herrn Direktor Regenbergr; Reichle'sche Werke durch Herrn Hugo Reichle; Friedrich Hoffmann G.-Mätschen, durch Herrn Direktor Hagemann; Krause & Co., Glettwitz, durch Herrn Schlaegel; für Eisenstein & Co., Herr Roethelmann; Menzstolln durch Herrn Dir. Neumann; Ilse, Bergbau-Altkensückgesellschaft durch Herrn Hauptmann Strack und S. Mühlradt; Schipfauer Werke durch Hrn. Schmeller; Grube Clara, Welzow durch Hrn. Direkt. Frid; Schöppenthau & Wolff durch Herrn Groß; Grube Henrlette durch Herrn Guff; Grube Guerrini durch Herrn Paesler; Grube Bauchhammer durch Herrn Kelling; Grube Waidmannshell durch Herrn Direktor Weiler und Herrn Anichler; Döring & Neumann durch Herrn Ingenieur Döring; Herr Alb. Frosel durch Herrn Bauführer Lent; Herr Inspektor Steuer, Schipfau; Herr Brauer Schulz, Schipfau; Herr Bürgermeister Blantenberg sen.

Verhandelt Senftenberg, den 19. Juni 1893 (Hotel Sonne):

1. Die Versammelten sind einstimmig der Ansicht, daß die sozialdemokratische Bewegung unter den Arbeitern der Gegend keineswegs nach der Wahl einschlafen wird und daß sie im Gegentheil weitere Ausdehnung gewinnen wird, zumal wenn es zu einer festen Organisation mit Hilfe fremder Agitatoren kommt. Dies zu verhindern muß zunächst das allgemeine Bestreben sein.

2. Die Art unserer Leute und alle zur Kenntnis der Versammelten gelangten Nachrichten derselben lassen deutlich erkennen, daß die sozialistischen Ideen hier in der gefährlichsten anarchischen und auf das Eigentum gerichteten Form Verbreitung finden und daß, wenn nicht von allen Seiten, namentlich auch von den Behörden, scharfe Eingriffe erfolgen, Unordnungen und Gewaltthätigkeiten gegen Sachen und Personen halb an der Tagesordnung sein werden. Die Unterstützung der Behörden wird deshalb erbeten und es namentlich als dringend bezeichnet, daß zum Schutze des Eigentums und der Beamten eine wesentliche Verstärkung der Gendarmen- und Polizei-Mannschaft statthabe, auch daß den Arbeitern endlich der Ernst der höheren Behörden überzeugend klar gemacht werde, während Alles zu unterbleiben habe, was die Autorität der Arbeitgeber den Leuten gegenüber erschüttern kann.

3. In den nächsten sechs Monaten sollen die Namen von Agitatoren, welche entlassen werden, den Werken unter einander mitgeteilt werden. Sämtliche Anwesenden verpflichten sich, diese Mitteilungen stets pünktlich zu machen und zwar stets an die Zentralstelle Herrn Hauptmann Strack.

Zu entlassen sind Leute, welche sich der Verbreitung sozialdemokratischer Zeitungen und Flugblätter schuldig machen, welche sozialdemokratische Reden halten, Wahlzettel für Tempel vertheilt haben, endlich alle diejenigen, welche sich gegen die Obrigkeit und die Werksbeamten auflehnen.

4. Jeder, der auf den Werken angenommen werden soll, muß den Nachweis über seine Beschäftigung in den letzten 3 Monaten führen. Hat er dabei auf einer Grube oder einem andern Werk hiesiger Gegend gearbeitet, so muß er von derselben das vorgeschriebene Zeugnis haben, welches sich über Führung und Entlassungsgrund ausspricht. Für diese Zeugnisse sollen Schemata gedruckt werden.

5. Jedes Werk wird nur Leute annehmen, welche sich über gute Führung auch auf auswärtigen Arbeitsstellen ausweisen.

6. Es soll Jedem überlassen sein, bei den jetzt stattfindenden Entlassungen den Leuten zu sagen, daß sie wegen sozialdemokratischer Umrübe entlassen worden, oder dies zu unterlassen.

7. Es wurde fast allseitig dringend empfohlen, daß die Herren Werksbesitzer oder ersten Leiter wenigstens in den nächsten Monaten die Annahme und Entlassung von Leuten selbst besorgen oder mindestens streng kontrollieren.

8. Von allen Werken sollen in der nächsten Zeit den Polizeibehörden Mitteilungen gemacht werden, wer Sozialdemokrat im Sinne des Vorstehenden ist, wie überhaupt die Werkleitungen mit den Polizeibehörden und Gendarmen sich stets möglichst eng in Verbindung halten werden.

9. Die Zuschriften und alle heutigen Verhandlungen sind streng zu behandeln und

unter persönlichem Verschluß der Herren Werkleiter zu halten.

b. g. a. g. Froberg, Märker, Regenbergr, Reichle, Blantenberg, Schöppenthau, Straß, Paesler, Kelling, Guff, Schulz, Mühlradt, Döring, Weiler, Anichler, Steuer.

„Vorwärts“.

### Zweiter Verbandstag württembergischer Flaschnermeister in Göppingen.

8. Oktober 1894.

Im Apostelsaal hatten sich gestern (Sonntag) etwa zweihundert Flaschnermeister aus dem Württembergischen Lande zusammengefunden, um Beratungen darüber zu halten, wie dem Kleinmeister, dem Kleinhandwerk wieder einigermaßen auf die Beine zu helfen ist. Da saßen sie denn vor uns, lauter biedere Handwerksmeister, die bei manchem im Verlauf der Debatte auftauchenden „Kühnen“ Gedankenblick Zeugnis ab, daß sie — sagen wir der Höflichkeit halber, die heutige Zeit so ganz und gar nicht recht verstehen können! Die Verhandlungen eröffnete nach 10 Uhr der Vorsitzende des Verbandes, Vötker-Stuttgart. Er schloß der Versammlung vor, dem anwesenden Herrn Stadtschultheiß Allinger das Ehrenpräsidium zu übertragen, welcher Vorschlag einstimmig angenommen wird, worauf der Herr Stadtschultheiß das Amt mit einigen Dankesworten annimmt und hervorhebt, es sei für Göppingen eine Ehre, daß die Flaschnermeister ihren Verbandstag hier abhalten. Er hofft, daß die Verhandlungen für das Gewerbe gute Früchte bringen mögen. Vorst. Göppingen begrüßt die Versammlung als Vertreter des Sozialkommitees, worauf der Vorsitzende das Wort nimmt und ausführt, der Verband habe jedenfalls einen guten Griff gefaßt, indem Göppingen als Versammlungsort bestimmt worden sei, denn es müsse jeden deutschen Mann ein erhabenes Gefühl überkommen, wenn er in so unmittelbarer Nähe vor dem bekannten Hohenstaufen über seine Interessen beraten könne. (Sonderbar, was die von Hohenstaufen mit dem Handwerk gemein haben sollen! Hatte der Redner etwa eine dunkle Ahnung davon, daß, wie die Herrlichkeit der von Hohenstaufen erloschen ist und nur noch Ruinen übrig geblieben sind, so auch das Kleinhandwerk dem Untergange zufließt und nicht mehr zu retten ist?) Göppingen sei aber auch noch deshalb für den Verbandstag sehr geeignet, weil gerade hier die Blechindustrie hoch entwickelt ist. — Ja freilich, wenn die Herren Flaschnermeister ihre Augen richtig bedient haben, dann werden sie gerade hier, wo die Blechindustrie so hoch entwickelt ist, gesehen haben, daß ihre ganzen Bestrebungen zur Rettung des Handwerks ein Kampf gegen Windmühlen ist! Gerade hier konnten sie auch durch die Ausstellung lernen, daß sie mit ihren Bestrebungen im mittelalterlichen Nebel heraufzueilen, denn gerade die Großindustrie fragt nicht im geringsten darnach, daß die Flaschnermeister auch Anspruch auf Selbstständigkeit erheben. Auf der Ausstellung waren wir Ohrenzeuge, wie ein Verbandsmitglied zum andern auf die verschiedenen Maschinen deutend, sagte: „Da sieh' her, es ist unmöglich, daß wir etwas ausrichten, hier die besten und zweckmäßigsten Maschinen, wir können sie aber nicht anschaffen, und da gleich daneben steht eineirma, die diese Maschinen alle benutzen kann, ihre Blechzeugnisse aus zu einem Preise, wofür die Kleinmeister kaum das Material bekommen!“ — Die größten und schönsten Gesichtspunkte 1. 20. — Da schlagen freilich diese Leute die Hände über dem Kopf zusammen und wenn dieserhalb Einige die Zeit begriffen haben, so wäre es allerdings gut, daß der Verbandstag in Göppingen stattfand.

Der Redner weist dann noch darauf hin, welche Schwierigkeiten es gegeben hat, als man den früheren vertrackten Verband wieder in's Leben gerufen hat, und es ist aus der näheren Schilderung zu ersehen, daß der an 200 Mitglieder zählende Verband eine sehr lose Organisation hat. Redner schloß mit einer Empfehlung der „Flaschner-Zeitung“, deren Schriftleiter Genling-Gannstatt Johann Bericht erstattet: Er wolle keinen trockenen Geschäftsbericht geben, aber er müsse darauf hinweisen, wie schwierig es überhaupt sei, eine Zeitung herauszugeben; es müßten daher alle Kollegen mitwirken, er selbst stelle sich voll und ganz in ihren Dienst, die „Flaschner-Zeitung“ steht allezeit im Dienste des Verbandes, nicht einzelner Personen.

Es wurde sodann der Beschluß gefaßt, das Unterhaltungsblatt in Zukunft wegzulassen zu lassen. Bänder wurde hin und her diskutiert über Organisation, Abonnement, Beiträge etc., wobei uns etwas wie Mitleid über die zu Tage tretende Hilflosigkeit der Leute in diesen Fragen überkam. Etwas inter-

ressanter war die nun folgende Beratung über eine Reihe von Anträgen, die der Schriftleiter Henking dem Verbandsrat unterbreitet hatte.

Henking begründete in schwungvoller Rede diesen Antrag. Es sei höchste Zeit und höchst notwendig, daß endlich die Handwerker eine vollständig selbständige Organisation erhalten, wenn wir aber — so führt Redner weiter aus — warten wollen, bis die Regierung helfend eingreift, dürfte es noch lange dauern.

sagen wir, ebenso wenig, wie es bis jetzt ihren bezopften Brüdern in Norddeutschland gelungen ist. — Der halbblinde Körper Kleinhandwerk wird selbst durch selbständige Handwerkerkammern vor dem sicheren Verfall nicht gerettet werden.

Protokoll

Der Metallarbeiter-Konferenz für Schleswig-Holstein-Lübek.

Die Konferenz wurde Nachmittags 4 Uhr vom Kollegen Schwann eröffnet. Derselbe begrüßte die Delegierten im Namen der Kollegen Neumannster.

Das Bureau wurde Bessel-Kiel als 1., Heine-Neumannster als 2. Vorsitzender, Jacobi-Flensburg als Schriftführer gewählt.

1. Punkt der Tagesordnung war: Bericht des Vertrauensmannes. Stich-Neudorf führte aus, daß er die ihm übertragenen Arbeiten nach Möglichkeit erledigte.

2. Punkt war: Bericht der Delegierten. Danach ist an allen Orten eine Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen.

3. Punkt war: Bericht der Delegierten. Danach ist an allen Orten eine Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Dagegen waren zahlreich die Klagen über Arbeitslosigkeit und Lohnverdrängungen.

Punkt 3. Anträge der Delegierten. Von Altona wurde der Antrag gestellt: Einen Vertrauensmann nicht wieder zu wählen, sondern an Stelle dessen eine Agitationskommission einzusetzen.

Flensburg beantragte: Die Konferenzen ganz aufzuheben. Ein weiterer Antrag von Jgeho bezog sich auf die nächste Konferenz vor abzuhalten, wurde abgelehnt.

Ein Antrag von Jgeho, die nächste Konferenz dort abzuhalten, wurde abgelehnt, weil die Delegierten nicht an dem Abend desselben Tages wieder zurückkommen könnten.

Ein Antrag Kiel: Die Delegierten zu der Konferenz sind in Zukunft in den Mitglievereinbarungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu wählen.

Von Neumannster war der Antrag gestellt: Genossen Segig zu veranlassen, hier im Winter eine Agitationstour zu machen.

Ein Antrag Neumannster um Stellungnahme zur Arbeitslosen-Unterstützung wurde nach Diskussion durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

4. Punkt: Wahl des Vertrauensmannes. Stich-Neudorf wurde wiedergewählt, Bugaer-Altona als Stellvertreter.

Bei Verschiedenes wurden noch einige Anträge verlesen, jedoch, da dieselben nur Verbandsfragen betrafen, nicht zur Diskussion gestellt.

Ferner wurde eine Norm zur Besoldung für Referenten in der Provinz festgesetzt, wonach pro Tag 8 Mk bezahlt wird.

Die Bekanntmachung der diesjährigen Konferenz in der Metallarbeiter-Zeitung wurde als sehr ungenügend erklärt, worauf Stich zur Antwort gab, daß er seine Pflicht getan hätte, indem er bei der Annonce vermerkte, dieselbe sei dreimal zu wiederholen.

Ferner wurde beschlossen, einen Bericht an das „Hamburger Echo“, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ und die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ einzusenden.

Nach einer kurzen Schlussansprache des Vertrauensmannes zur regen Agitation, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Ch. Jacobi, Schriftführer.

Protokoll

Der Metallarbeiter-Konferenz von Hessen, Hessen-Nassau am 7. Oktober 1894 in Darmstadt.

Der Einberufer Kollege Donges eröffnete um 11 Uhr die Konferenz und legte den Zweck derselben klar. In das Bureau wurden gewählt: Ch. Burm-Darmstadt zum 1., W. Graf-Offenbach zum 2. Vorsitzenden.

Die Tagesordnung lautete: 1. Die Wahrnehmungen bei den letzten Streiks.

2. Die Agitation im Bezirk. 3. Die Mißstände bei der Auszahlung der Reiseunterstützung.

4. Verschiedenes. Auf Antrag von Darmstadt wurde das „Herbergswesen“ als weiterer Punkt aufgenommen.

Die Präsenzliste ergibt, daß 10 Zahlstellen mit 16 Delegierten vertreten sind und zwar: Altschaffenburg durch: Oppert und Eisenhauer; Darmstadt: Burm u. Schneider; Biegen: Kemp; Hanau: Borst u. Haun; Neu-Flensburg: Lang u. Zimmer; Wischofsheim-Rosheim: Drapp u. Schab; Mühlheim: Madert; Offenbach: Graf u. Donges; Oberursel: Horn; Oberstadt: Bok. Es fehlten somit die Orte Frankfurt a. M., Boden-

heim, Mainz, Wiesbaden, Worms, Wieser, Höchst und Marburg.

Zum 1. Punkt erhielt Kollege Donges-Offenbach das Wort, welcher die in diesem Jahre stattgefundenen Streiks in Betracht zog. Er schloß voraus, daß er nicht als Schlichter auftreten wolle, jedoch halte er es für geboten, die Streiks einer Kritik zu unterziehen, um daraus Schlüsse und Lehren zu ziehen.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Horn-Oberursel, Schab-Rosheim, Sippert-Altschaffenburg. Sämtliche Redner waren im Allgemeinen mit den Ausführungen Donges einverstanden, jeder tadelte das Fernbleiben der Frankfurter Kollegen.

Alsdann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Konferenz erblüht in dem Fernbleiben der Zahlstellen Höchst, Mainz, Wiesbaden, Worms, Wieser und Marburg, insbesondere aber der Frankfurter und Bodenheimer Kollegen, einen Fehler, indem das Vorbringen der Fehler, die bei dem hiesigen Streik gemacht wurden, nur zur Klärung im Kampfe gegen das profane Unternehmertum geeignet gewesen wäre.

Zum 2. Punkt erhielt ebenfalls Kollege Donges das Wort. Er erklärte, daß die Agitation einer der wichtigsten Faktoren sei und gab einen Situationsbericht über Offenbach und Umgebung. Des Weiteren legte er die Frage vor, ob man nicht den Bezirk wieder organisieren wolle.

Zu Punkt 3: Die Mißstände bei der Auszahlung der Reiseunterstützung, erhielt Kollege Graf-Offenbach das Wort. Derselbe legte auf Grund seiner Erfahrungen die Mißstände ausführlich dar, ganz besonders habe er beobachtet, daß die Beiträge nicht abgezogen würden.

tion abgenommen. Nebner verlas das Reglement zur Auszahlung der Reiseunterstützung und führte aus, es habe den Anschein, als wenn einzelne Mitglieder das Reglement noch gar nicht gelesen hätten. Er glaube ferner, daß man zur Verhinderung der Ausbeutung auf der nächsten Generalversammlung den Antrag stellen solle, die Unterstützung zu kürzen. Kollege Kemp-Giesen bestätigte die Ausführungen von Graf und bemängelt die Zahlstelle Frankfurt, indem die dort abreisenden Kollegen meistens nicht mit ihren Beiträgen in Ordnung seien. Kollege Gau-Hanau kritisiert die Auszahlung der Sozialgebühren, die statutenwidrig sei. Eisenhauer-Schaffenburg kritisiert die Zinngießer in Nürnberg resp. die Zahlstelle. Wie ihm von Reisenden mitgeteilt worden, sei es dort Beschluß, keine Extramarken zu nehmen. Kollege Kemp stellte folgenden Antrag, der ebenfalls einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Konferenz beschließt, die Zahlstellen des Verbandes, hauptsächlich die Zahlstellen unseres Bezirks darauf aufmerksam zu machen, daß die Ausgaben strenger wie bisher nach dem Statut verfahren, damit derartige Unregelmäßigkeiten nicht mehr vorkommen und der Verband nicht zum Ausbeutungsobjekt gemacht wird.“ Kollege Graf sprach den Wunsch aus, der Hauptvorstand solle zur besseren Uebersicht die Reiseunterstützung separat in der Abrechnung führen. Ein dem entsprechenden Antrag, welchen der Vorort dem Vorstand übermitteln soll, wurde angenommen.

Zum „Herbergswesen“ sprach Kollege Wurm und tadelte, daß die Reisenden von den Zentralherbergen so wenig Gebrauch machen. In Darmstadt ziehe man deshalb das Schlafgeld ab. Im gleichen Sinne sprachen sich einige andere Delegirte aus und empfahlen diese Maßnahme.

Bei „Verfahrenswesen“ regte Kollege Kemp an, die nächste Konferenz in Gießen abzuhalten. Dones stellt den Zusatzantrag, den Zeitpunkt auf 4 Wochen vor der Generalversammlung festzusetzen. Beides wurde angenommen. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft.

Mit einem warmen Appell zu reger Arbeit und einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband schloß der Vorsitzende um 5 Uhr die Konferenz.

### Steckbrief gegen Streikende Arbeiter.

Ein günstiger Wind wehte dem Arbeiter-Organ einen gedruckten Steckbrief der Gießerei Waggon-Fabrik auf den Schreibtisch. Dadurch wird Allem, was sich das Unternehmertum in Gießerei bis jetzt schon an Brutalität geleistet hatte, die Krone aufgesetzt. Die Rede der Fabrikleiter, die Streikenden durch das Reich zu hegen wie das Wild, tritt dadurch in ihrer ganzen Gemeinheit hervor. Der Urlassbrief hat folgenden Wortlaut:

Gießerei, den 24. September 1894.

An

N. N.!

Wir überreichen Ihnen nachfolgend ergebend das Verzeichnis der von uns wegen Streik entlassenen Arbeiter und zeichnen

Hochachtungsvoll  
Mecklenburgische Waggonfabrik  
Aktiengesellschaft.

Dann folgt das Verzeichnis. Die Zahl der nach den einzelnen Gewerken verzeichneten Arbeiter beträgt: 16 Dreher, 6 Formier, 1 Hofarbeiter, 10 Kesselschmiede, 19 Lokomotivschlosser, 9 allgemeine Maschinen-schlosser, 22 Waggon-schlosser, 21 Schmiede, 23 Stellmacher und 2 Tischler, zusammen weist das Verzeichnis 129 Namen auf. Jedes weitere Wort zu diesem Steckbrief erhöht sich, da er für die arbeitende Bevölkerung ein leider zu bekanntes Ding ist.

### Korrespondenzen.

#### Selbigeier und Gürtler.

**Bamberg.** Mitgliederversammlung der Selbigeier, Gürtler und Schleifer am 19. September. Nach Abnahme des Protokolls der letzten Versammlung erfolgt zunächst Bericht vom Gewerkschaftskartell. Ueber unsere Agitation sprachen mehrere Redner, woraus hervorging, daß unsere Kolporteurs, welche dafür zu sorgen haben, nicht allein die Zeitungen nach den Werkstätten, sondern auch den Kollegen nach ihrer Wohnung zu bringen, am besten zur Agitation geeignet seien und damit recht pünktlich und gewissenhaft verfahren mögen. Ferner soll öfter eine öffentliche Versammlung stattfinden. Der Antrag, ein Wintervergütigen, womöglich im März nächsten Jahres, abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde aufgefordert, den Bezug nach Gießerei streng fernzuhalten. Der Antrag, daß unsere Ortsverwaltung gemeinschaftlich mit den anderen Ortsverwaltungen die Mittel bewillige, den Bezug

nach Gießerei fern zu halten, wurde einstimmig angenommen. Nach Verlesen desselben wurde darauf aufmerksam gemacht, die betreffenden Kollegen nochmals an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Auf die Anfrage, ob die Summe von 200 M angelegt worden ist, erwiderte der Bevollmächtigte, daß selbige bei der alten Sparkasse von 1827 belegt sei und zwar so, daß das Geld nicht anders als vom Bevollmächtigten und Kassierer beiderseits zu heben ist. Alsdann wurde noch auf die Sammelstellen für die Streikenden in Gießerei aufmerksam gemacht, welche hier am Platz zu entnehmen sind.

**Bamberg.** Mitgliederversammlung der Gürtler, Selbigeier und Schleifer vom 8. Oktober. Abrechnung vom 3. Quartal. Einnahmen: Hauptkasse M 140,55, Lokalkasse M 74,80; Ausgaben: 66,85, Bestand M 79,50. Dieser wurde dem Antrag gemäß den streikenden Brüdern überlesen. Außerdem wurde noch eine Summe von 24 M, ein früheres Guthaben, an unsere streikenden Brüder in Gießerei überwiesen. Nach Anfrage über die schwebende Schuld wurde mitgeteilt, daß unsere Sektion vollständig damit fertig sei. Bericht vom Gewerkschaftskartell wird durch Entgegennahme desselben erledigt. Im Kartell wurde zu Punkt Arbeitsnachweis ausgeführt: Der Arbeitsnachweis, wenn er den Arbeitern segensbringend sein sollte, müsse einzig und allein in die Hände der Arbeiter gelegt werden. Was würde bei Streiks geschehen, wenn der Arbeitsnachweis eine staatliche Einrichtung wäre? Die Streikbrecherie könne staatlich organisiert werden und die Gewerkschaften kämen dann mit den staatlichen Behörden in Konflikt. Den Arbeitsnachweis ganz aus den Händen der Arbeiter zu nehmen, würde zur Folge haben, die Arbeiterorganisation vollständig lahm zu legen. Die vom streng gewerkschaftlichen Standpunkte formulirte Forderung, den Nachweis ganz in die Hände der Arbeiter zu legen, sei vollumfänglich berechtigt. Es sei der Arbeiter gutes Recht, ihre Arbeitskraft nach Möglichkeit gut zu verwerthen und da leiste ein guter Nachweis wesentliche Dienste.

#### Klempner.

**Nürnberg.** Die Sektion der Klempner hielt am 29. September eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Genosse Weismann hielt einen Vortrag über § 2 des Verbandsstatuts. Derselbe führte in sehr ausführlichen Worten an, wie notwendig es ist, daß sich endlich einmal sämtliche Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen würden, um das zu erreichen, was wir als unser Ziel gesetzt haben. Denn nur dann würden wir etwas Erprobliches ausführen können, wenn wir sagen können, daß Sämtliche in unseren Reihen stehen. Am Schlusse des Vortrages ging Redner noch über zum „Arbeitersekretariat“. Er beleuchtete den Zweck und Nutzen des in Kraft tretenden Instituts und forderte die Kollegen auf, ihr Möglichstes dazu beizutragen, daß dasselbe seiner Aufgabe in jeder Richtung zu entsprechen in der Lage ist. Zugleich ermunterte er zu regem Wirken für die projektierte Ortskrankenkasse. Beim zweiten Punkt wurden 24 Aufnahmen vorgenommen. Beim dritten Punkt führte ein Kollege die Zustände bei Herrn Deierlein, Meisterleinsplatz, sowie die „Bauernfängerel“, die zur Zeit von Seite dieses Herrn geübt wird, an. In der Bude sind 9-10 Mann beschäftigt. Ein gewisser Herr Krefz, auch Flaschner, welcher 28 M die Woche bezieht, hat die heiligste Verpflichtung, die Leute so viel wie möglich anzutreiben und recht „saubumm“ an die Kollegen hinzureiben. Als vorzügliches Hilfsmittel stehen ihm die „Kollegen“ Dirkmann und Mederer tren zur Seite. Da nun Herr Deierlein Noth hat, Kollegen zu fangen, so sucht er jetzt in der „Tagespost“, tüchtige, verheiratete Flaschner bei dauernder Arbeit, sowie bei hohem Lohn. Und was erhält ein tüchtiger, verheirateter Mann? Sage und schreibe: 13 bis 15 M bei schwerer Arbeit. Wir rufen nun jedem Kollegen zu: Weibet diese Bude und laßt Euch von derartiger „Bauernfängerel“ nicht verführen.

#### Metall-Arbeiter.

**Berlin (Zentr.).** Die Generalversammlung am 7. Oktober war gut besucht. Aus dem Bericht des Kassiers ist bemerkenswerth: Einnahmen im 3. Quartal M 826,15. Ausgaben: Reise- und sonstige Unterstüzung M 438,86, außerordentliche Agitation M 15,15, Lokalagitation und Verwaltungskosten M 157,71, zusammen M 609,72, somit verbleibt ein Restbestand von M 216,43. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Durchreisenden betrug 265, die Gesamtzahl der die Herberge Benützenden 1027. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des 2. Quartals 331 männliche, 4 weibliche; Neuaufnahmen 132 männl., 1 weibl., zugewandt 51 männl., abgegangen 57 männl., Bestand am Schlusse des 3. Quartals 457 männl., 5 weibl. Mitglieder. Dem Kassier wird Decharge ertheilt. Der Bevollmächtigte lange erstattet Bericht über die Thätigkeit der Verwaltung. Es wurden abgehalten 8 Mitgliederversammlungen und

eine öffentliche, Vorträge wurden 5 gehalten. Außerdem fanden 10 Sitzungen der Ortsverwaltung statt. Es wurde eine neue Verwaltungsstelle (Schöneberg) und in verschiedenen Bezirken der Stadt neue Zahlstellen errichtet. Für den ausgeschiedenen Kassier Bösch wird Kollege Schmidt gewählt. Rüdiger Berger regt die Frage an, ob die ehemaligen Streikbrecher von Groß u. Graf in den Verband aufgenommen werden oder nicht. Er ist der Ansicht, daß man diejenigen, die damals nicht organisiert waren und deshalb sich ihrer Handlungsweise nicht bewußt waren, nicht für alle Zeiten ausschließen könne, weil man diese dann bei zukünftigen Streiks gewissermaßen zum Streikbruch zwingt. Jedoch könne nur von Fall zu Fall entschieden werden. Die prinzipielle Entscheidung der Frage soll eine allg. Mitgliederversammlung sämtlicher Verwaltungsstellen Berlins treffen. Ein Antrag, in Generalversammlungen zukünftig nur Mitglieder zuzulassen, wird angenommen. Die Zahlstelle bei Stegmann, Eisenbahnstr. 20, soll aufgehoben werden, weil dieser Wirth boykottirtes Bier verkauft. Die Zahlstelle für SO. befindet sich jetzt bei Schilling, Bäckertstr. 54. Im Laufe des Winters soll die Ortsverwaltung eine planmäßige Beschäftigung der hiesigen öffentlichen Museen veranstalten. Eine Wanderversammlung für den Osten findet am 23. Oktober bei Köhling, Admiralsstr. 18c, statt, in welcher Frau Rohrlach referiren wird.

**Brunsbüttel.** Nach langen Kämpfen ist es uns endlich wieder gelungen, ein Lokal zur Abhaltung unserer Versammlungen zu erhalten. Unsere regelmäßigen Versammlungen werden abgehalten jeden Sonntag nach dem 1. und jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats Nachmittags halb 5 Uhr im Verbandslokal beim Gastwirth Otto Heinrich, Gastwirthschaft zur „Fähre“, wofür auch die zugereisten Kollegen übernachten können. Leider sind die hiesigen Herren Kollegen arg phlegmatisch, sie achten gar nicht darauf, ob wir ein Lokal haben oder nicht, das ist den Herren ganz gleichgültig; wenn sie nur einem Verbandsangehörigen, damit — meinen sie — sei Alles abgemacht. Versammlungen besuchen, das ist ganz und gar Nebensache. Wie kann auch so etwas von ihnen verlangt werden. Grade wo man uns rausschmeißt, dort sind die Herren Verbandsmitglieder, die Herren Metallarbeiter zu finden. Sie rechnen es sich zur Ehre an, solche Wirthschaften zu besuchen, anstatt sie zu meiden. Geht man zu Heinrich Krause, unserm früherem Verbandswirth, so kann man alle die schönen Mitglieder vorfinden, trotzdem der Verband dort rausgeschmissen ist. Es ist zwar nicht zu verwundern, denn dort ist ein helles, schönes Geschäft, und dieser Anblick verblendet die Herren so, daß sie den Weg zum Verbandslokal nicht finden können, vielmehr vorbei gehen. Dieser Beweis wurde uns gestern, Sonntag Nachmittags, 7. Oktober, wieder geliefert. Wir hielten, wie gewöhnlich, Nachmittags halb 5 Uhr, unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab — aber alle Achtung vor der Zahlstelle Brunsbüttel: von 68 Mitgliedern waren doch 9 Mann anwesend. Dieses ist ein Beweis, wie viel den Kollegen daran liegt, ob wir ein Lokal haben oder nicht. Ähnliches haben wir vor vierzehn Tagen erlebt; am 23. September hielten wir eine öffentliche Metallarbeiterversammlung ab, in selbiger waren doch — 16 Mitglieder der hiesigen Zahlstelle vertreten. Alle Achtung! Kollege Köhling referirte über das Thema: Wahre Volksbildung. Er erstete großen Beifall. Es waren ungefähr 50 Personen da, die nicht Mitglieder unseres Verbandes waren. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf. Die beiden Genossinnen verschwand gleich darauf, als der Vorsitzende Anusank die Versammlung schloß. — Nun noch einige ernste Worte: Der Wirth Otto Heinrich bezahlt uns, wenn er uns sein Lokal verweigert, 30 M. Das müssen auch wir bezahlen, wenn wir den Kontrakt brechen. Selbigen brechen wir aber dann, wenn unsere Versammlungen so besucht werden wie bisher. Wir ersuchen deshalb auch diejenigen Kollegen, die am Brückenbau arbeiten, sich an unseren Versammlungen zu betheiligen, indem sie auch zu unserer Zahlstelle gehören. — Dann ersuchen wir alle diejenigen, die noch einen großen Rückstand haben, denselben umgehend zu begleichen, widrigenfalls sie ohne Rücksicht gestrichen werden. Die mündlichen Aufforderungen waren bis jetzt nutzlos.

**Düsseldorf, 2. Oktober.** „Zeitlohn oder Stichtlohn“ lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse König. Witten am 30. September in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung hielt. Redner hielt vorab einen kurzen Rückblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Klassen aller Jahrhunderte. Die Gier, das aus den früheren Zuständen sich entwickelte Privateigenthum immer mehr zu vergrößern, erweckte alle nur denkbare schlechten Eigenschaften im Menschen, woran unsere heutige Gesellschaft so sehr krankt; Lug und Trug, Diebstahl, Raub, Mord und wie alle jene

unenblischen Auswüchse heißen mögen, sie sind die Folgen des Bruchs mit dem Kommunismus. Wie also die einzelnen Menschen bestrebt waren, ihr „privates“ Eigenthum immer mehr zu vergrößern, so scheuten die Menschen, indem alle jene Auswüchse nach und nach in ihrer Brust festeren Fuß faßten, auch vor keinem Mittel mehr zurück. Selbstredend hielt mit diesen ungeheuerlichen Zuständen die allmächtig immer weiter greifende ökonomische Miswirthschaft gleichen Schritt. Dazu kam, daß die Maschinen-technik sich immer mehr vervollkommnete; was früher 10, 100, ja mehrere hundert Arbeitshände mühsam schafften, das lieferte nach und nach mit der erstaunlichsten Schnelligkeit unendlich besser eine einzige Maschine, die vielleicht nur von einem einzigen Arbeiter bedient zu werden braucht. Die Arbeitskräfte der Menschen wurden hierdurch immer entbehrlicher; der Eine überbot den Anderen mit billigerer Anpreisung. Tausende und Abertausende mußten bald als arbeitslos vegetiren. Im weiteren Verlaufe seiner trefflichen Rede weist der Referent nach, wie unumgänglich notwendig die Regelung eines Arbeitstages sei, damit dadurch, daß die Arbeit, welche bislang von einigen Arbeitern in mehr Stunden, Tagen, Monaten geleistet werde, dann nach Begrenzung einer bestimmten, allgemeinen Arbeitszeit von vielen Arbeitern in kürzerer Arbeitszeit zu Stande gebracht werden kann. Durch Bitate aus den Schriften von Rantky und Marx sucht Genosse König dann seine bisherigen Betrachtungen besser zu erläutern und weist nach, wie gerade beim Tagelohn, Zeitlohn der bestimmte Normal-Arbeitstag unumgänglich notwendig und wie beim Stichtlohn die sog. Arbeitgeber, die in Wirklichkeit doch die Arbeit von den Arbeitern nehmen, die Arbeiter ausbeuten können. Das Akkord-System ist ein Mord-System für die Arbeiter und darum muß es auf das entschiedenste bekämpft werden. Im zweiten Theil seines Vortrages beschäftigt sich der Referent mit den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften. Nachdem er die satzungsmäßige Thatsache erwähnt, daß diese Arbeiter-Vereinigungen keine Kampfes-, sondern eine Unterstützungs-Organisation sind, nimmt er an der Hand des jüngst erschienenen Preis-Auftrages der S. D. und im Anschluß daran die in Folge dieses Ausrufes prämiirten drei ersten Arbeiten einiger Hirsch-Dunder'schen Vernegroße unter die Lupe. Das bloße Zitiren schon einzelner Stellen aus diesen „preisgekrönten“ Machwerken versetzte zeitweise die ganze Versammlung in allgemeine Heiterkeit und namentlich bot der dritte Aufsatz dem Redner vortrefflichen Stoff, den Hirsch-Dunder'schen gegenüber auch recht farftastisch zu werden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat sich längst frei von dieser Gesellschaft gemacht, jeglichen Ballast schüttelt er von sich ab und ohne der Arbeiterkraft mit einem sogenannten Unterstützungs-menschen Bret um den Mund zu schmieren, geht er gerade aus seine Wege auf wirtschaftlichem Gebiete, unentwegt als freie Kampfes-Organisation. Nachdem auf die mehrmalige Aufforderung an etwa anwesende Gegner der Ansicht des Referenten und vor allem an die Verfechter der Hirsch-Dunder'schen Arbeiter-Organisationen bezeichnenderweise sich Niemand zu Wort gemeldet, wird zur Wahl eines Kandidaten für das Gewerkschaftskartell geschritten. Genosse Specht, auf den die Wahl einstimmig fiel, nahm das Mandat an. Anschließend an den Bericht der „Volkstribüne“ über die Zustände in der Patronen-Fabrik nimmt sodann Genosse Gotthausen das Wort und ergänzt vorab die in dem Bericht gethane Bemerkung, die Polizei soll sich sogar darum (um den Zwist zwischen dem Direktor der Fabrik und Arbeitern) gekümmert haben, insofern, daß die Polizei um Herausgabe der Mitgliederliste des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angegangen worden ist, daß aber seitens der Polizei dies Ansuchen mit der Motivirung zurückgewiesen worden ist, vorläufig müsse sie zuerst den Zweck wissen, warum sie das thun solle. Gotthausen theilt dann noch einiges sonstige Ergänzende über die Fabrik mit, sowie die Thatsache, daß drei Genossen in Folge der in der Fabrik entstandenen Differenzen sich den unerhörten Forderungen des Direktors gebeugt und aus dem M.-A.-V. ausgetreten sind. Gotthausen empfiehlt dann folgende Resolution zur Annahme: Die heutige im Lokal „Zur Neuen Welt“, Flingerstraße 37-39, tagende öffentliche Versammlung aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beschließt: In Erwägung, daß das Verhalten der Kollegen C. Kaufmann, J. Salinsky und B. Meyer als Beisitzer des königl. Gewerbegerichts in der Affaire H. H. Metallwaaren-Fabrik contra Deutscher Metallarbeiter-Verband entgegen der Verurtheilung ist, wird das hiesige Gewerkschaftskartell hiermit aufgefordert, in öffentlicher Gewerkschaftsversammlung Stellung zu der Frage zu nehmen, ob obgenannte Herren überhaupt noch als Vertreter der

auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter anguerkennen sind. Das Bureau wird aufgefodert, das Kartell von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Dieselbe wurde nach einer kurzen Debatte, in welcher vornehmlich die vorhin Genannten scharf mitgenommen wurden, einstimmig angenommen. Auch wurden im Verlauf der Versammlung weitere Wünsche in der Patronenfabrik zur Sprache gebracht, die bewiesen, wie berechtigt die an dieser Unstalt geübte Kritik ist. Einer unserer Genossen theilte mit, daß der Direktor Müller sein Wort, welches er den Arbeitern gab, indem er weitere Arbeit denen versprach, die aus dem Metallarbeiter-Verband austreten würden, insofern nicht gehalten hat, als ein Arbeiter, der eine diesbezügliche schriftliche Bescheinigung brachte, trotzdem entlassen worden sei. Nachdem Genosse Gotthaus nochmals die Versammlung aufgefordert, sich unentwegt um die Fahne des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu schaaren, wurde selbsten des Vorsitzenden mit einem beglückwünschenden Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Forst (N. S.).** Eine Musterwerkstatt ist die Gasmotorenfabrik von R. Buchholz, hier. Es herrschen darin Zustände, welche dergestalt sind, daß man sie an die Dörschlicht bringen muß, damit sie wenigstens der Fabrikant selbst erfährt, denn man kann annehmen, daß er davon noch gar nichts weiß. Trotzdem ein Werkführer in dieser Fabrik angestellt ist, erlaubt sich auch noch der Schlosser Otto Börsch die gute fertige Arbeit Anderer für Murrerei zu erklären, obgleich tüchtige Arbeitskräfte dort zur Stelle sind. Er selbst, der an der Drehbank gar nicht arbeiten kann, tadelt die besten Dreher, wirft ihnen sogar die fertige Arbeit vor die Füße, daß die Stücke nur so herumliegen. Was ihm an Arbeitskenntnis abgeht, leistet er im Maßbuckeln um so mehr. Namentlich hat er es auf die Verbandsmitglieder abgesehen. Er hat es öffentlich ausgesprochen, daß alle dort arbeitenden Verbandskollegen auf die Straße fliegen. Er hat auch Wort gehalten, zwei sind schon geflogen und zwei andere haben schon gekündigt. Sonst wäre ihnen daselbe passiert. — Kollegen, vereinigt Euch, um Euch vor diesem Patron zu schützen.

**Süßrow.** (Für vorige Nummer zu spät eingetroffen. Neb.) Der Stand des Streiks der Metall- und Holzarbeiter hierorts ist unverändert, die Mecklenburgische Waggonfabrik kauft mit den ihr treu gebliebenen und frisch aufgelaufenen „Kräften“ zu ihrem Schaden weiter, und die Streikenden sind trotz achtwöchiger Dauer des Streiks keinen Augenblick im Zweifel, daß sie fliegen. Deshalb ist an ein Nachgeben von dieser Seite nicht zu denken. Die Verlegenheit der Fabrik hat schon so manchen sonderbaren Anstich getrieben und Direktor August Franke hat, Dank seiner unfehligen Komik, den Streikenden manche heitere Stunde bereitet, ja, er hat zu Zeiten so stark darin produziert, daß wir an Ueberdruß litten. Am Freitag voriger Woche wurden die gesammten von den Streikenden bisher noch nicht abgeholtten Sachen, als Holzpantoffel, Schurzelle, alte defekte Blousen, und namentlich recht viele alte Mützen und Hüte auf einen von vier Männern gezogenen Wagen durch die Straßen der Stadt spazieren geführt. Die Dacher hatte Herr August Franke wieder, wie gewöhnlich, auf seiner Seite, besonders, als bekannt wurde, daß er die Sachen auf die Polizei hat transportieren lassen wollen, von dieser aber dahin bedingt wurde, daß er das Loswerden der Sachen, und zwar auf ordnungsmäßigem Wege, allein zu besorgen hätte. Mit der Fabrik war's also nichts. Die Streikenden lassen sich durch solche Thaten nicht den Glauben heibringen, daß die Stellen sämtlich und noch dazu gut besetzt sind und daß deswegen Herr August Franke jegliche Verbindung mit seinen früheren Arbeitern abbrechen will. Wenn dem so wäre, warum steht denn die Lübecker Viehmarkthalle, für die am 15. September geliefert sein sollte, heute noch zum Gespötte ohne jegliche Eisenkonstruktion? Warum läßt es Direktor August Franke nächstes Jahr um diese Zeit werden, bis die drei zum 1. Oktober dieses Jahres lieferbaren Schmalspurlokomotiven wirklich geliefert werden? Warum nimmt er, Direktor August Franke, erst die Hilfe einer rheinländischen Firma in Anspruch, indem er sich von derselben den Unterbau zu 50 Waggonen anfertigen läßt, und stürzt sich un-nützlich Weise in Geldlöcher? Weiter, der 15. Oktober ist nahe an der Thüre! Das Alles wissen die Streikenden und rechnen es sich zu Gute. — Unter den Streikbrechern rumort es, 15 derselben haben wegen zu schlechtem Verdienst die Arbeit niedergelegt.

**Süßrow-Rostheim.** Eine öffentliche Metall- und Holzarbeiterversammlung tagte am 23. September im Gasthaus zur „Rose“ in Rostheim. Zum 1. Punkt der Tagesordnung ergriff Kollege Straßweg aus Mainz das Wort. Derselbe hielt einen klaren leichtverständlichen Vortrag über das Thema:

„Lohnarbeit und Kapital.“ Zunächst führte Medner aus, daß das Kapital niemals Ertrag der eigenen Arbeit ist, sondern der Ertrag fremder Arbeit. Das Kapital kann sich nur vermehren durch Ausbeutung der Lohnarbeiter oder durch Börsenspekulation. Einem Lohnarbeiter dagegen ist es unmöglich, sich ein Kapital zu ersparen. Die Lage des Arbeiters kann sich nur stufenweise bessern, und zwar durch geschlossenes Vorgehen, wenn sich alle Arbeiter organisieren, um der Willkür des Unternehmerrthums einen Damm entgegenzusetzen zu können. Medner fordert die Nichtorganisirten auf, dem D. M. A. beizutreten und mitzuhelfen, die Lage des Arbeiterstandes zu bessern. Zum 2. Punkt erhielt Kollege Hausmann das Wort. Derselbe referirte über den Streit zu Gütrow. Auch dieser Vortrag fand allseitige Anerkennung und wurde zum Schluß folgende eingelaufene Resolution angenommen: „Die heute zu Rostheim tagende öffentliche Metall- und Holzarbeiterversammlung erklärt sich nach Anhörung des Referenten mit den Streikenden zu Gütrow solidarisch und verpflichtet sich, dieselben materiell und moralisch in jeder Beziehung zu unterstützen. Das Vorgehen der Gütrower Fabrikleitung erklärt die Versammlung als ein durch nichts zu rechtfertigendes Eingreifen in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und weist dasselbe auf das Ezerigste zurück. Auch das einseitige Vorgehen der Polizei ist auf das Entschiedenste zu verdammen.“

**Heidelberg.** Die heutige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes feierte am 30. September in den Lokalitäten zum „Rudenhäusel“ ihr gut besuchtes Stifungsfest mit einem sehr reichhaltigen Programm. Die Festsrede hielt Genosse Dolinski aus Mannheim. Medner betonte besonders, wie notwendig eine Organisation zur Verbesserung unserer Lage sei. Der Vorsitzende brachte ein dreifaches Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband aus. Am Tanz nahmen sämtliche Festgenossen und Genossinnen Theil. Unser Stifungsfest war eine in jeder Beziehung schöne Feier.

**Jugolstadt.** Auch wir sind genöthigt, eine der heiligen modernen Musterwerkstätten, namentlich unseren reisenden Kollegen, in empfehlende Erinnerung zu bringen. Es ist dies die „mechanische Werkstätte“ von Selb, Schüle in d. Seligstein. Unter Anderem werden dort zur Zeit Egen gemacht, welche dann um den Preis von 55 Mk an die Bauern verkauft werden. Der Selbstkostenpreis dürfte mit 10—12 Mk schon hoch gerechnet sein. Schufiet dort so ein Lohnsklave die ganze Woche darauf los, daß er sich kaum Zeit nimmt auf den Abort zu gehen, so kann er es höchstens auf 3 Märlein täglich bringen, meistens aber nur auf 2,20—2,80. Es hat sich diese Musterwerkstatt bei den Arbeitern schon den Namen „Schwindstube“ erworben. Einer der Arbeiter wurde, wohl in Folge der Ueberanstrengung, krank, was er in der Werkstätte meldete und zugleich sein Werkzeug absperrte. Nun meinte der gerade anwesende Kompanon Seligstein: „Kranke Leute kann ich nicht brauchen, liefern Sie Ihr Werkzeug ab.“ Der Arbeiter meinte, ob das wohl der Lohn, und ob diese Befandlung auch menschlich sei; er wolle das Werkzeug erst in 14 Tagen abliefern. Da geberdete sich dieser „humane“ Herr, als wolle er sich auch noch vergreifen. Aber mit einem Male scheint menschliches Mühren über ihn gekommen zu sein, er rief seinen Werkführer Bauer herbei und gab ihm den Auftrag: „Bauer, werfen Sie mir diesen Menschen hinaus.“ Bauer, etwas vernünftiger, leistete dem Befehle keine Folge. Nach einigen Tagen Erholung wollte der Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen mit dem Ersuchen, ihm Tagelohnarbeit zu geben, da ihm für jetzt nicht möglich sei, in Afford zu schaffen. Dies wurde mit den Worten abgelehnt: „Sie müssen Afford arbeiten.“ Auf dieses hin verfiel sich der Arbeiter zum Herrn Rechtsrath mit der Anfrage, ob er denn gezwungen werden könne, in Afford zu schaffen. Nachdem dieser ihn kanni eines Blickes gewürdigt, meinte er: „Dann machen Sie Feierabend.“ Der Arbeiter sagte, er möchte die 14 Tage, die er noch bis zum Einrücken zum Militär hat, nicht gerne mehr auf die Balge gehen; da sagte der Herr Rechtsrath: „Dann arbeiten Sie im Afford weiter und werden Sie krank, dann gehen Sie in's Spital.“ Nun schufete der Arbeiter halt weiter. Befagte Werkstätte ist eine derjenigen, die im Submissionswesen das kaum Glaubliche leistet. Machen unsere anderen Geschäftsleute schon ein Angebot von 15, 20, 25 bis 30 Prozent, so machte dieses Mustergeschäft kürzlich eines auf 40 Prozent. Erhalten die Herren den Zuschlag, dann laufen sie zu den Meistern, diese sollen ihnen die Arbeit liefern, wobei „man“ denkt, ohne das geringste Risiko (das eigentliche Arbeiten überlassen diese Herren, hauptsächlich Herr Seligstein, anderen Bruten) doch noch einen Profit machen zu können. Das Geschäft ist zugleich Eisen- und Eisenwaaren-Handlung so groß, da würde es den Meistern das Material hiezu liefern. Leider gehen ab und zu noch Sempel auf den Helm. Herr Selig-

stein hat gewaltige Angst vor den Sozialisten, er fürchtet, das im „Schweize selnes Angeichts“ erworbene Vermögen, „heilen“ zu müssen. Seine Dube kann namentlich den Hirsch-Dunderianern und Gesellenvereinern bestens empfohlen werden, dort werden die spezifischen Eigenschaften dieser Gattung gewürdigt.

**Leipzig.** Die am 24. September im „Thüringer Hof“ zu Volkmarzdorf abgehaltene Metallarbeiter-Versammlung für Leipzig-Ost war von ca. 800 Personen besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über „Arbeiterbeschäftigung“; 2. Die Zustände in der Lampenfabrik von Hugo Schneider, Köhlgartenstraße; 3. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt erhielt Genosse Naub das Wort. Er schilderte den Verlauf unserer Gesetzgebung von Jahre 1824 an, wo die ersten Verträge über Kinderarbeit in Preußen erschienen. Wir wünschen, so hob Medner hervor, einen Arbeiterschutz im wahren Sinne, eine wirkliche Betriebsinspektion. Lebhafter Beifall wurde dem Medner für seinen Vortrag zu Theil. Zum 2. Punkt erhielt Kollege Herbst das Wort. Er schildert die Verhältnisse auf Grund wahrheitsgemäßer Thatsachen, so zum Beispiel betreffs der Straflasse. Wenn Jemand im Magazin bei Verletzung von Material den Kassen stehen läßt, ist eine Mark Strafe fällig. Bei Ablieferung von Platten zum Stanzen, die beim Härten kaputt gehen (was aber leicht vorkommen kann, und oft am Material liegt, so daß der Mann dann nicht allein schuld sein kann), 1 Mk Strafe. Werkzeug, welches beim Gebrauch defekt wird, muß voll bezahlt werden, gleichviel, ob es schon gebraucht gewesen, oder neu ist. Ein Klempnermeister Noack findet großes Vergnügen daran, die Mädchen, welche ihn zu lange auf den Abort bleiben, mit Strafe zu belegen, obwohl es nur 6 Aborte für ca. 500 Mädchen gibt. Wenn die Arbeiter bei Afford Material vom Negal in's Magazin schaffen müssen, was manchmal eine Stunde dauert, bekommen sie dafür nichts. Auch die Klempner bekommen bei Proben oder Abänderungen nichts, dürfen aber ihr Binn und Böhwasser zugeben. Die Dreher müssen ihre Transmissionschmüre selbst halten, diese werden aber nur von der Firma geliefert zum Preise von 2,50 pro Stück, dürfen aber beim Weggang aus dem Arbeitsverhältnis nicht mitgenommen werden, sondern bleiben Eigentum der Fabrik. Die Mädchen müssen Essigwasser, Seifenwasser (1 1/2 pro Liter), Binn (Kilogramm 75 1/2) bezahlen, dies alles von dem niedrigen Lohn. Das Lohnsystem ist überhaupt sehr ungünstig. Handarbeiter bekommen 20 1/2 pro Stunde, sind sie länger da, 25 1/2, Schlosser, also gelernter Arbeiter, bekommen 30 1/2. Medner führt weiter schwere Klagen über mangelhafte Schutzvorrichtungen und über Uebelstände in der Fabrikkrankenkasse. Es gibt nur einen Kassenarzt, der ist der Schwager des Herrn Schneider, Herr Dr. Hagen. Der Arzt soll aber doch Vertrauensperson der Patienten sein. Nachdem Medner geschlossen, wurden seine Schilderungen vom Vorsitzenden zur Debatte gestellt, da, wie er meinte, die große Mehrzahl der Anwesenden aus der Hugo Schneider'schen Fabrik sei und etwaige falsche Angaben berichtigt werden möchten durch den Arbeiterausschuß. Es meldeten sich nun noch verschiedene Medner zum Wort, welche aber nur noch mehr Anklagen gegen die Fabrik vorbrachten. Ein Kollege schildert, wie seit 15 Jahren der Kampf gegen die Mädchen- und Frauenarbeit in diese Lampenfabrik gekommen gegenüber den Metallarbeitern; ferner erörtert ein Kollege, daß in einer Dachkufe, wo 8 Personen sitzen, gepuht wird, was nicht der Vorchrift entspricht. Wenn die Fabrikinspektion kommt, wird durch Sprachrohr hinauf gesprochen: „Thüren schließen, Schlüssel abgeben, der Fabrikinspektor kommt.“ Und auf diese Weise kann niemals ein Inspektor sehen, wie es eigentlich bei der täglichen Arbeit zugeht. Nachdem nun noch angegeben, daß diejenigen, die zu spät kommen, 25 1/2 und die Mädchen 15 bis 50 1/2 Strafe bezahlen müssen und Medner begründet, daß einmal an einem Tage 35 Mk Strafgeder einkamen, und daß manches Mädchen in 14 Tagen 1—2 Mk Strafe zu zahlen hat, wurde die Frage aufgeworfen, was mit den vielen Strafgedern wird. Darauf antwortete ein einziger Medner, welcher aus sagte, daß seit April bis jetzt 170 Mk Strafgeder an Hilfsbedürftige abgegeben wären, z. B. ein Fall mit 15 Mk und ein Todtenopfer mit 40 Mk. Es wurde nun eine Resolution verlesen und einstimmig angenommen. Dieselbe lautet: „Die heute im „Thüringer Hof“ von ca. 800 Personen besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt die Zustände in der Hugo Schneider'schen Lampenfabrik als unmenslich und erachtet, daß umgehend Abhilfe geschaffen wird.“ Es ging nun noch der Antrag ein, welcher das Bureau beauftragte, Herrn Hugo Schneider die Resolution zu übermitteln (was bereits geschehen ist!). Der Antrag wurde wieder einstimmig angenommen. Herbst fordert noch in kurzem

Schlusswort dringend auf, für unsere Kampfesorganisation einzutreten, dann schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch, so zahlreich wie möglich sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, die Versammlung.

**Schöneberg b. Berlin.** Die am 7. Okt. im Kurhaus abgehaltene öffentliche Versammlung der Metallarbeiter und Arbeiterinnen von Friebehan und Umgebung, in welcher Kollege Kleinschmidt über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation referirte, war leider schlecht besucht. Referent führte seine Aufgabe in Friebehan bei der Anwesenheit aus. Er der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Sämtliche Medner traten für den D. M. A. ein und es wurde eine dem entsprechende Resolution angenommen. Wir machen die Kollegen aufmerksam, daß in nächster Zeit in Steglitz, Bichterfelde und Zehlendorf öffentliche Versammlungen stattfinden werden und rechnen im Voraus auf einen regen Besuch derselben.

**Stettin.** Die Verwaltungsstelle Stettin hielt am 2. Oktober im „Stern“ zu Grabow eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Bevollmächtigte theilte zunächst mit, daß der bisherige Protokollführer Kollege Süßlow abgereist ist, daher eine Neuwahl stattfinden muß. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl wurde Kollege Brasche als solcher gewählt. Betreffend die Entlassung des Kollegen Süßlow wurde folgender Antrag des Kollegen Runge angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, den Arbeiterausschuß der Stettiner'schen Fabrik zu ersuchen, eine Fabrikversammlung zwecks Regelung mehrerer Fabrikangelegenheiten einzuberufen.“ Aufgenommen wurde 1 Kollege. Die Abrechnung vom Stifungsfest ergab laut Revisionsbericht ein Defizit von 16,80. Hierauf hielt Kollege Runge einen Vortrag über: „Was verlangen wir von der heutigen Gewerkschaft?“ In der hierauf folgenden, sehr regen Diskussion wurde der Beweis erbracht, daß der Vortrag Anklage gefunden hatte. Es wurden dann noch mehrere Wünsche hiesiger Fabriken angeführt, welche gelegentlich in einer Versammlung kritisiert werden sollen. Zwecks Gründung einer Verwaltungsstelle in Stolp wurde beschlossen, einen Referenten nach dort zu entsenden. Zum Schluß wurde noch die Pässigkeit dieser Kollegen gerügt, welche den Versammlungen fern bleiben aus Furcht, in eine Kommission gewählt zu werden.

**Schramberg.** Die Vorgänge, welche in letzter Zeit in einer hiesigen Fabrik sich abgespielt, wollen wir einer kurzen Kritik unterziehen. Wenn in dieser Fabrik die Arbeiter nicht nur streng arbeiten müssen, sondern auch in Folge ihrer Arbeit mit Schmutz und Dreck so voll werden, daß sie oft kaum noch einem Menschen gleich sehen, so sollte man doch annehmen dürfen, daß sie auch 3 bis 3,50 den Tag verdienen dürften. Dem ist jedoch nicht so. Unlängst sagte ein geschwiegener Fabrikbeamter, 2,50 sei genug für einen Arbeiter. Wir möchten diesem Herrn nur raten, selbst einmal ein Jahr um 2,50 den Tag zu arbeiten, dann würde derselbe wohl zur Einsicht kommen, daß ein Arbeiter mit Familie mit einem solchen Lohn bei den jetzigen Verhältnissen, ohne Hunger zu leiden, absolut nicht ehrlich durchkommen kann. Aber was fragen diese Herren nach einem Arbeiter. In dieser Fabrik sind ja 70 Arbeiter beschäftigt, darunter aber ein großer Theil jugendlicher. Der Direktor hat einen Jahresgehalt von 8000, und auf 10—11 Arbeiter kommt ein Beamter. Deshalb darf man sich gar nicht wundern, daß für die Arbeiter kein anständiger Lohn übrig bleibt. So kam es in letzter Zeit wieder vor, daß einige Arbeiter mit einem Lohnabzug beehrt wurden, wogegen dieselben energisch protestirten. Unterstellt waren diese Arbeiter einem Aufseher, welcher in dem Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein eine hervorragende Rolle spielt. Nachdem die Hirsch-Dunderianer bei jeder Gelegenheit von Harmonie zwischen Arbeit und Kapital faseln, so dachten diese Arbeiter, daß ihnen der Aufseher einmal ein Proöchen davon ablegen wird; aber weit gefehlt! Derselbe mußte nichts Glligeres zu thun, als die Arbeiter anzuschwärzen. Obwohl am hiesigen Ort eine Fachorganisation besteht, schließen sich die Arbeiter doch lieber den Klimbim-Vereinen an und untergraben ihre Existenz selbst. So lange die Arbeiter am hiesigen Orte sich nicht besser zusammenschließen, so lange hat das Unternehmerrthum die Gewalt über sie. Darum, Kollegen, schließt Euch unserer Organisation an, damit wir andere Zustände schaffen können, denn nur durch die Arbeiter selbst können wir zum Ziel gelangen.

**Zindorf.** Seit einigen Wochen wird von den hiesigen Arbeitern eine lebhafteste Agitation für die Errichtung eines Gewerbergerichtes für Zindorf und Umgebung entfaltet. Der hiesige Gemeindevorstand hat allerdings in dieser Frage einen völlig negativen Standpunkt eingenommen, was von demselben aber nicht anders zu erwarten war, da dieser sich fast aus lauter Unternehmern rekrutirt, die der Errichtung eines solchen Instituts mit Mißtrauen begegnen.

Von der Distriktpolizeibehörde wurde aber dennoch eine definitive Abstimmung vom 27. September bis inkl. 2. Oktober anberaumt. Eingetragen haben sich dabei 150 für und 8 Personen gegen die Errichtung eines Gewerbegerichts. Unser Verbandsmitglied Oberlein, der in dieser Angelegenheit eine besonders rührige Tätigkeit entwickelte, wurde dafür von seinem Prinzipal — entlassen. Diese Maßregelung eines Arbeiters, der nichts Anderes that, als für sein gutes Recht einzutreten, wirkt ein eigentümliches Streiklicht auf die Zustände der Zimmermann'schen Fabrik überhaupt und legt wieder einmal den unumstößlichen Beweis ab, was von den Herren zu erwarten ist, die Jahr aus Jahr ein von „Arbeiterfreundlichkeit“ überlaufen. Die Entlassung ist um so unbegreiflicher, als Herr J. einer der Unternehmener ist, welcher bei seiner Vernehmung über die Notwendigkeit eines Gewerbegerichts mit Empfindlichkeit erklärte: Daß in seiner Fabrik noch nie ein Streitfall zwischen ihm und Arbeitern zu verzeichnen ist, und daß daher für die Errichtung eines solchen Gerichts kein Bedürfnis vorliegt. Abgesehen davon, daß Herr J. mit diesem Gutachten, wie jeder Unbefangene weiß, ziemlich dick aufgetragen hatte, müßte es ihm doch dann gleichgültig sein, wenn ein Gericht in gewerblichen Streitfragen zu Stande käme, da ja, wie er selbst vorkühnte, das Gericht keine Gelegenheit bekäme, sich mit ihm und seinen Arbeitern zu beschäftigen. Warum also diese Maßregelung? Herr J. ist allerdings nicht gewohnt, neben seiner Meinung auch eine andere zu dulden, er hat ja seinen ehemaligen Stand — wie es scheint — ganz vergerissen, aber nützen kann ihm dies für die Dauer nichts. Nicht Jeder läßt heutzutage sich durch „Sanktionen“ u. dgl. zu gewissen Zwecken gewinnen. Das mag ihm nicht nur die verlassene Gemeinbewehrung gelehrt haben, sondern das werden ihm noch seine Arbeiter, wenigstens die, welche nicht zu den bekannten Baugrußschern sich zählen, begreiflich machen. Zu bebauern ist, daß nur eine geringe Anzahl Arbeiter in jener Fabrik organisiert sind, es könnte sonst dem Herrn die Maßregelung sehr unangenehm kommen. Aber um so notwendiger ist es jetzt, sich den Organisationen anzuschließen. Der Einzelne ist machtlos, er liegt — wie dieses Vorgehen zeigt — will er die geringste Bewegung, die dem Unternehmer zuwiderlaufen könnte, auf die Strafe. Gegen Brutalität daher die Organisation, das geschlossene Vorgehen der Gesamtarbeiterschaft. Der Entlassene hat sich für seine Arbeitsbrüder geopfert, er wird von denselben hochgehalten werden. Der Vorgang selbst aber soll den Auf immer mächtiger erschallen machen: Sine in die Organisation! Ueber die Fabrikverhältnisse, deren Vorkämpfer u. dgl. ein anderes Mal etwas eingehender.

**Zeit.** Mitgliederversammlung des D. M. V. am 20. September. Beim 2. Punkt, Wahl eines Bevollmächtigten, wurde das Verhalten des Kollegen Schloffer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einer Kritik unterzogen und der Antrag, welchen die Ortsverwaltung gestellt hatte, einen anderen Vorsitzenden zu wählen, angenommen. Es wurde darauf zur Wahl geschritten und Kollege Hoffmann als 1. Bevollmächtigter einstimmig gewählt. Daburich machte sich die Wahl eines Stellvertreters notwendig und wurde dieser Posten dem Vertrauensmann Gahn mit übertragen. Vom Kassierer wurde der Antrag gestellt, ihm ebenfalls einen Stellvertreter beizugeben und wurde dazu Kollege Otto gewählt. Bei „Verschiedenes“ wurden die Verhältnisse der hiesigen Tischlerei von N. Kunz näher beleuchtet und die Kollegen von dort ersucht, möglichst für bessere Verhältnisse dabeilbst zu sorgen. Ein Antrag, daß die Versammlungen alle 14 Tage abzuhalten sind, wurde angenommen. — Die Wohnung des Bevollmächtigten K. F. Hoffmann befindet sich Neumarkt 17 und sind alle Meldungen dahin zu richten.

**Zürsenseldbrunn (Bayern).** Nachdem auch unter den hiesigen Metallarbeitern sich eine Bewegung zur Vereinigung geltend gemacht hat, hielten wir am 7. Oktober eine Versammlung behufs Gründung einer Verwaltungsstelle des D. M. V., und wir kamen darin auch zu einem Resultat. In die Verwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Spängler Ferd. Biegler, Bevollmächtigter; Spängler Adam Meier, Kassierer; Schloffer Stefan Fredr., Schriftführer. Wenn auch die Mitgliederzahl noch eine geringe ist, so ist es bei reger Agitation doch möglich, alle hier arbeitenden Kollegen in die Vereinigung hereinzuziehen. Das Verkehrslokal ist bei Herrn Leinfelder, Münchenerstraße, was den reisenden Kollegen zur Kenntnis diene.

**Schloffer u. Maschinenbauer.**

**Darmstadt.** Mitgliederversammlung der Schloffer und Maschinenbauer. Am welchem Tage die Versammlung stattfand, bitten wir in Zukunft zu bemerken. (Red.) Zuerst wurde das Alters- und Invaliditätsgesetz einer Besprechung unterzogen. Etlich stellte dann den Antrag, zur nächsten Versammlung eine

bessere Agitation zu entfalten und dann einen Referenten über diesen Punkt zu nehmen. Beim 2. Punkt berichtet Fiedler vom Kartell, daß er der einen Versammlung nicht habe betwohnen können, deshalb verliest er den Bericht darüber aus dem „Echo“ und erklärt zugleich bezüglich der Schulden, daß wir für 1893 nichts zu bezahlen brauchen, für 1894 habe er immer bezahlen wollen, aber der Kassierer Stäben habe niemals das Buch bei sich gehabt. Junge ist gänzlich gegen die Ansicht Fiedler's. Er beantragt, für 1893 zu bezahlen, was angenommen wird. Betreffs 1894 drückt Junge sein Mißfallen dem Kassierer Stäben gegenüber aus und stellt den Antrag, daß der Kassierer Stäben vom Kartell so bald wie möglich das Buch an Fiedler abgibt. Dies wurde angenommen. Sodann berichtet Fiedler von der zweiten Versammlung. Das Kartell sehe sich veranlaßt, in der nächsten Zeit wieder Arbeitslosenversammlungen zu veranstalten. Weiter wurde der Dreyt über Tat u. Co. verhängt. Den Oldenburger Glasarbeitern wurden 300 Mk vom Kartell bewilligt, den Schauerleuten und Warbieren wurde die Aufnahme ins Kartell verweigert. Dann berichtet Fiedler von der kombinierten Versammlung, daß die Hamburger erklärt hätten, wenn wir nicht für die ganze Schuld mit aufkommen wollten, wir dann überhaupt nichts zu bezahlen brauchen. Diese siltigt dem hinzu, daß der Kongreß (welcher? Red.) nicht angenommen wäre und daß die Einsüßler nun auch erklärt hätten, daß sie zu der alten Schuld nichts beitragen werden. Kollege Etlich wurde als Revisor gewählt.

**München.** In der am 18. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer wurde der Antrag auf Ausschließung des Schlossers Joseph Krämer, geb. am 22. Mai 1862 zu Dollenhof, Hauptbuch Nr. 897, einstimmig angenommen, und ist dieser Antrag auch der Hauptverwaltung zugeleitet worden.

**Schläger.**

**Schwabach, 13. Okt. Am Sonntag,** den 7. d. M., fand im Saale des Gasthauses zum „Schwarzen Bären“ eine öffentliche Silberschläger-Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die augenblickliche Lage unseres Gewerbes.“ Hierzu waren auch die Meister eingeladen und zum Theil erschienen, die Gehilfen waren zahlreich am Plage. Von mehreren Rednern wurde hervorgehoben, daß der Lohn seit Jahren heruntergegangen und jetzt auf der niedrigsten Stufe angelangt sei, man aber aus Rücksicht auf den flauen Geschäftsgang keine Lohnerhöhung fordern wollte. Jetzt sei das Geschäft, hauptsächlich der Export, in Folge Aufhebung der Mac Kinley Will, rapid gestiegen und auch die Preise in die Höhe gegangen, weshalb die Arbeiter wohl auch ein Recht hätten, Lohnerhöhung zu verlangen. Mehrere weitere Redner schlossen sich diesen Ausführungen an und betonten, daß man schon in einigen Werkstätten freiwillig den Lohn erhöht hätte, indem die Inhaber dieser Geschäfte von ihren Abnehmern etwas mehr bezahlt erhielten; in Anbetracht dessen, daß diese Mehrbezahlung aber eine sehr geringe ist und man doch etwas Einheitsliches schaffen wolle, wurde beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit den Meistern in Unterhandlung zu treten und das Resultat derselben in einer demnächstigen Versammlung mitzutheilen hat. — Man hofft, daß die Meister Einsicht haben und die Forderung, welche von einigen Meistern eine minimale, nicht übertriebene genannt wurde, bewilligen werden, ohne daß es nöthig wird, in einen Streik einzutreten. Da der Hauptzweck des Gewerbes in Schwabach ist, indem hier 105 Gehilfen, in Fürth aber nur 15 beschäftigt, liegt das Schwergewicht der Entscheidung natürlich hier in Schwabach und hoffen die Gehilfen auf die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs.

**Feilenhauer.**

**Halle a. S. Am 30. September** hielten die Feilenhauer von Halle und Umgegend ihre Extraversammlung ab. Es ist nun 2 Jahre her, daß wir eine Extrakasse, verbunden mit Arbeitsnachweis gründeten. 67 durchreisende Feilenhauer wurden mit 450 J unterstützt, auch wurde mehreren Arbeit nachgewiesen. Weiter werden unsere Bemühungen wenig beachtet, es gibt noch viele Kollegen, die sich gar nicht danach erkundigen, die Umschauen gehen, trotzdem wir das Nöthige schon zwei Mal in der „Metallarbeiterzeitung“ bekannt gemacht haben; auch gibt es welche, und das sind die Schlimmsten, die orientirt sind, die aber doch umschau. Dies beweist folgender Fall. Der Feilenhauer Wilhelm Buchert aus Bernburg und ein Werkler, welchen es gesagt wurde, daß das Umschauen nicht gefattet ist, waren nachträglich doch noch in zwei Werkstellen und schwindelten uns dann vor, sie hätten nichts gewußt, worauf sie das Geschenk bekamen; sie gingen aber obendrein nicht auf unsere Herberge, sondern ließen sich den anderen Morgen von einem Andern das

Geld holen. Herrn Buchert war das frühere günstige Umschauen lieber, denn da war eher noch etwas „zu holen“. Wir aber machen nochmals bekannt, daß das Umschauen für Halle und Umgegend verboten ist, wirzigenfalls wirs das Geschenk entzogen. Geschenksgabe und Arbeitsnachweis verleiht sich bei Kollege Paul Neumann, Schülershof 3.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Die Situation in Güstrow ist bis jetzt unverändert. Es ist dafür zu sorgen, daß jeder Zugang fern gehalten wird. Wir machen auch bei diesem Streik wieder die Erfahrung, daß es ein großer Theil der organisiert sein wollenden Hirsch-Dunder'schen Arbeiter ist, die sich als Streikbrecher hergeben, daß sogar die Presse der Hirsch-Dunder'schen in fanatischer Weise die Arbeiter zum Streikbruch auffordert. Es ist nun notwendig, daß unsere Mitglieder es sich zur Aufgabe machen, diese Organisation, die angeblich auch die Solidarität auf ihre Fahne geschrieben hat, aber bei jedem Kampfe der örtlichen organisierten Arbeiter gegen das Unternehmertum sich auf die Seite desselben stellt, genau so zu bekämpfen, wie das Unternehmertum selbst. **Um so mehr muß es auch jetzt unsere Pflicht sein, diesen prinzipiellen Kampf, in dem es sich um die Anerkennung der Organisation handelt, in jeder Weise energisch zu unterstützen.** Trotz aller Chikanen von unternehmerwie polizeilicher Seite ist der Geist der Streikenden nach wie vor ein guter und wird ein guter bleiben, wenn sie sehen, daß sie in ihren Kollegen den nöthigen Rückhalt finden:

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:
- Nr. 86987 des Klempners Max Dettlerling, geb. zu Kiel am 5. September 1872.
- 45066 des Schlossers Fritz Kroke, geb. zu Hannover am 18. August 1831.
- 55815 des Schlossers Franz Langefeld, geb. zu Kl.-Stagenitz am 12. Okt. 1853.
- 74906 des Heinrich Hapke, geboren zu Hasserode am 9. Februar 1867.

Die Mitglieder: Flaschner Johannes Gonfer, geb. zu Dinsmettingen am 12. Aug. 1861, Buch Nr. 41846; Flaschner Ernst Mayer, geb. zu Hausen am 12. Jan. 1859, B. Nr. 41831; Flaschner Gottl. Bäuerle, geb. zu Oppenhansen am 26. Septbr. 1869, Buch Nr. 39561, werden auf Antrag der allgemeinen Verwaltungsstelle Stuttgart, in Gemäßheit des § 3 Abs. 7a aus dem Verband ausgeschlossen.

Der Schmied Ernst Petersen, geb. zu Heidekamp am 14. Jan. 1861, B. Nr. 4869, wird auf Antrag der Verwaltungsstelle Lübeck wegen Streikbruch aus dem Verbands ausgeschlossen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verne fern zu halten: **Holz- und Metallarbeiter von Güstrow, Dreher von Leipzig-Plagwitz (Ewidertskii) Nähmaschinenarbeiter von Altenburg (Nähmaschinenfabrik von Winkemann), Klempner von Deuben b. Dresden (Emaillirhütte Branne & Kreh), Metall-drücker von Nürnberg (Schöner, Metallwarenfabrik), Bernmacher von Soula, Metallarbeiter von Barlosruhe (Metallpatronenfabrik).**

Die Metallarbeiter in Budapest haben wegen Lohnbifferenzen über die Firma Egger B. & C. in Budapest den Boykott verhängt, es ist also auch nach dorthin der Zugang fern zu halten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

**Theodor Werner, Stuttgart, Redarstraße 160, 1,**

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongreßprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß

**Der Vorstand.**

Trotzdem wir bereits am 20. Dez. v. J. und nochmals am 26. April ds. J. diejenigen Verwaltungsstellen brieflich gemahnt haben, welche mit den am 4. Juni 1892 ausgegebenen Generalkommissionsmarken noch nicht abgerechnet hatten, haben nachstehend verzeichnete Verwaltungsstellen bis heute noch nicht abgerechnet und ersuchen wir hiermit dringend, dies baldigt zu thun, damit wir endlich in der Lage sind, die der Generalkommission in Hamburg abzurechnen. Es

stehen noch aus: Dresden-W, mit 74 St., Essen mit 260 St., Heide in Hofsteln mit 20 St., Mühlhausen in Thür. mit 40 St., Nürnberg, Metallindustrie mit 38 St., Nienstedt mit 145 St.

**Abrechnung**

Aber den Streik der Dreher bei Ewidertskii in Leipzig-Plagwitz.

Einnahmen: Auf Sammellisten: Nr. 1 13,20, 2 20,20, 3 20,50, 4 14,95, 5 13,60, 6 22,15, 7 11,45, 8 19,15, 9 11,65, 10 14,80, 11 6,70, 12 19,35, 13 5, 14 12,65, 15 7,05, 16 7, 17 13,05, 18 13,55, 19 2,25, 20 12,65, 21 11, 22 16,75, 23 8,70, 24 18,80, 25 7,65, 26 16,90, 27 11,35, 28 18,45, 29 8, 40, 30 5,30, 31 5,35, 32 4,75, 33 2, 35 0,30, 37 10,35, 38 6,55, 40 3,55, 41 2,50, 42 10,35, 43 6 90, 52 3, 53 8,62, 54 12,20, 56 12,60, 57 3,15, 59 5,05, 60 15,95, 61 6,45, 62 9,90, 63 4 10, 64 18,20, 65 10, 66 20,80, 67 14,80, 68 17,45, 69 8,10, 70 10,15, 71 13,55, 72 12,65, 73 5,25, 74 4,50, 75 8 55, 76 20,55, 77 4,30, 78 12,20, 79 9,75, 80 8,05, 81 5,20, 82 10,95, 83 16,20, 84 23,70, 85 14,35, 86 13, 87 2,70, 88 19,83, 89 10,85, 90 22,35, 91 19, 92 21,45, 93 11,95, 94 20,10, 95 2,30, 96 12,45, 99 16,85, 100 1,50, 101 13,35, 102 9,05, 103 5,70, 104 13,15, 105 18 05, 106 4,50, 110 3,70, 111 8,85, 112 7,30, 113 1,55, 122 18,85, 123 2,35, 128 8,45, 152 17,50, 153 4,70, 154 4, Summa: 16 1101,55. Sonstige Einnahmen: Viertel bei Weber, Plagwitz Nr. 427, von T. S. durch J. 73,78, vom Regelspiel in der Salzweste zu Wahren 2, von W. B. 5,33, Zuschuß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1000, Gesamt-einnahme 16 2242,89.

Ausgaben: Unterst. an die Streikenden 16 2105, Inzerate und Druckfarben 25,50, Schreibmaterial und Porto 6,50, Besondere und Freudenunterstützung 76,01, Diverse Ausgaben 14,35, Summa: 16 2227,36.

Bilance. Einnahme 16 2242,89, Ausgabe „ 2227,36, Kassenrest 16 15,53.

Reklamationen gegen diese Abrechnung sind an G. Krieger, Leipzig Lindenau, Karl Heine-Straße 66, zu richten.

Die Revisoren: A. Ullrich, W. Reichmüller.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. P. W. Dieß Verlag) ist soeben das 2. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Aus Mosch's Reise. — Zur Geschichte des Urchristenthums. Von Friedrich Engels. (Schluß.) — Aus den Vereinigten Staaten. Von F. A. Sorge. (Fortsetzung.) — Der Geschlechts-trieb. Von Dr. Ludwig Freyberger. — Die Arbeitervereine in Holland. Von J. Polack. — Litterarische Rundschau. — Notizen. Das Umstürzen des Zweifels - Systems. — Feniketon: Anna Menzel. Eine Dienst-mädchen-Geschichte. (Fortsetzung.)

**Der Sozialdemokrat.** Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Duth-Strasse 2). Nr. 37 vom 11. Oktober hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Die Polen-hege. — Die Wahlen in Belgien. — Die Parteigehälter. (Zum Parteitag.) — Spiegel Stern (Gamm). — Herr Professor Schmoller. — Der politische Unterricht in den Fortbil-dungsschulen Londons. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todestiste. — Litterarisches. — Statistische Irrthümer. VI. Uneheliche Geburten und Parastatistik. — Arbeitslosigkeit unter Hutmachern. — Die Arbeitslosigkeit der landwirthschaftlichen Arbeiter. II. — Der Anführerprozess in Antonten-hütte. — Sozialstatistisches. — Gewerkschaft-lisches. — Parteitag in Bayern. — Partei-konferenzen. — Zum Parteitag. — Beiträge und Delegationen. — Vermischtes.

„Süddeutscher Postillon“. Die seiner Zeit koniszierte Plaisirnummer aucte wieder freigegeben werden. Da jedoch der Gerichtshof, trotz des auf „Nichtschuldig“ lautenden Wahrspruches der Geschworenen, in dem Wibe und Gedicht „Fin de siècle“ einen strafbaren Inhalt erblickte, so erkannte er auf Unkenntlichmachung dieses Theils der Nr. 9. Die betreffende Seite wurde schwarz überdruckt und in diesem Zustande dem Ver-lage wieder zurückgegeben. Diese Nummer bietet ein äußerst interessantes Belegstück zum Kapitel Preisfreiheit in Deutschland und verfehlen wir nicht, die Genossen auf diese Nummer besonders aufmerksam zu machen.

Buchhandlung des „Vorwärts“, Duth-Str. 2, Berlin. In Neu-Auflage und mit einem neuen Vorwort versehen ist soeben erschienen: **Willen ist Macht — Macht ist Willen.** Von Wilhelm Liebknecht, 72 Seiten. Preis 30 J. Porto 5 J. Diese Liebknecht'sche Schrift gehört zu den besten Agitationschriften, mit denen wir in uns

fernstehenden Kreisen für unsere Ideen Propaganda machen können. Sie legt die Kulturfeindlichkeit der heutigen Gesellschaft dar und schildert die Ursachen, warum der Militärstaat sich auf das Pfaffenhum stützen und die Volksschul: vernachlässigen muß: „Das Volk soll nichts wissen, weil es sonst nicht länger „regierbar“ ist.“ Im „Anhang“ führt der Verfasser verschiedene in der Broschüre nur kurz behandelte Themat in den 8 Kapiteln näher aus: I. Bude (der berühmte Kulturhistoriker) über die Kulturfeindlichkeit des religiösen und militärischen Elements. — II. Zahlen sprechen. (Nebeneinanderstellung des Militär- und Schulbudgets in der Schweiz). — III. Gleichheit der Bildung ist das Kultur-Ideal. — IV. Statistik der Schulbildung in Preußen. — V. Die Presse. — VI. Nachhelle der Arbeitsleistung. — Wir empfehlen den Genossen die vorliegende Neu-Ausgabe gerade heute, da die Worte des Verfassers in dem neuen Vorwort zutreffen: „Schlechtere Schulen und bessere Kasernen“ — das ist die Lösung des Klassenkampfes am Ende des 19. Jahrhunderts und der Bourgeoisie-Herrschaft.“

Briefkasten.

G. A., Bonn. Ihre Beschwerde haben wir dem Vorstand übermittelt.
B. Sch., Freling. Reines Blut kostet per Kilo 90. 1.50.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bautzen. Sonnabend, 27. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Einzelmitgliederversammlung im Gasthof zum „Jägerhof“. L.D.: Beitragszahlung. Aufnahme. Vierteljahrsabrechnung. Die Mitglieder werden ersucht, in dem neuen Lokal zahlreich zu erscheinen. — Die Rückständigen werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls wir streng nach dem Statut verfahren.

Brandenburg. Montag, 22. Oktober, Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung in Winkel's Lokal, Hauptstr. 34.

Darmstadt. Samstag, 20. Okt., im Vereinslokal „Stadt Mannheim“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Unter diesjähriges Gewerkschaftsfest findet Sonntag, den 28. Oktober, Nachm. 4 Uhr, in sämtlichen Räumen des „Schützenhofes“ statt. Eintrittskarten à 30 J sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Dortmund. (Sektion der Klempner.) Samstag, 27. Okt., bei Hönny, Körnerpl. 3, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Dresden-Neustadt und Umgebung. Dienstag, 23. Oktober, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung im Restaurant „Goldene Ede“, Thälstr., Ede Souisenstraße. L.D.: Vortrag über: Englische Gewerksvereine und deutsche Gewerkschaften. Referent: Fräßdorf. Der Werth der Ortskrankenkassen und Wahl der Beisitzer hierzu. Allgemeine Gewerkschafts-Angelegenheiten. Zahlreiche Betheiligung der Ortskrankenkassenmitglieder zu dieser Versammlung wird erwartet.

Erfurt. (Sektion der Klempner.) Am 22. Nov., Abds. 9 Uhr, im Lokale von Obbelode, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Ausgabe der statistischen Fragebogen. Abrechnung vom 3. Quartal. Verschiedenes.

Erfurt. Sonnabend, 20. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Lage und Aufnahme. Vortrag des Genossen M. Silberberg: Aus der Geschichte. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. — Den Mitgliedern und durchreisenden Kollegen zur Kenntniß, daß sich unsere Herberge nicht mehr Hirschlachufer 29, sondern im Gasthaus zum „Deutschen Kaiser“, gr. Arde, Zentralherberge der vereinigten Gewerkschaften, befindet.

Glöttgen. Samstag, 20. Okt., Abends 8 Uhr, Versammlung in Schlegel's Bierhalle. L.D.: Einzahlung und Aufnahme. Vortrag über: Sind Streiks geeignet, die Lage der Arbeiter zu verbessern? Referent: H. Schlicht, Sekretär des D. M. V. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Freunde sind willkommen.

Frankfurt a. M. Samstag, 20. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Rehrod“, Krugg. 4, öffentliche Spengler-Versammlung. L.D.: Vortrag: Der Sozialismus und die heutige Gesellschaft. Referent: Gen. Schwabach, Wahl eines Mitgliedes zur Bauarbeiter-Beschwerdekommision. Verschiedenes.

Furtwangen. Samstag, 20. Oktober, Mitglieder-Versammlung im „Gasthaus zum Bad“. L.D.: Einziehung der Beiträge. Abrechnung vom 3. Quartal. Wahl eines Schriftführers. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, behufs Revision ihre Mitgliedsbücher mitzubringen.

Görlitz. Sonnabend, 27. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Zahlabend bei Hellmanns, Langenstr. 48.

Grünberg i. Sahl. Sonnabend, den 27. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung bei Strauß, Silberberg 2. L.D.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Die Mitglieder, die zum nächsten Vergütigen Theater mitspielen, wollen sich Montag, den 22. Oktober, Abends beim Bevollmächtigten einfinden. — Von sämmtlichen Mitgliedern, welche der Versammlung am 29. September beiwohnten, wurde beschlossen, den Ueberschuß vom letzten Vergütigen im Betrage von M. 4,80 nach Wülfrow zu senden. — Die sämmtigen Beitragszahler werden auf § 3 Abs. 6a aufmerksam gemacht.

Guben. Sonnabend, 27. Okt., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Engelmann, Markt 3. L.D.: Abrechnung. Bericht vom Gewerkschaftskomitee. Fortsetzung der Diskussion über Streiks. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Hannau a. M. Samstag, 20. Oktober, Abds. 9 Uhr, im Gasthaus zur „Schwedischen Krone“, Mitgliederversammlung. L.D.: Kassenbericht. Bericht von der Bezirkskonferenz in Darmstadt. Stellungnahme zu den Gewerbeurtheilswahlen. Verschiedenes.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 22. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im II. Saale des „Ballhof“ Mitgliederversammlung.

Heidenheim. Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch“ Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Restanten werden auf ihre Verpflichtungen aufmerksam gemacht. — Die Versammlungen finden von jetzt ab bis auf Weiteres an den Sonntagen statt.

Heilbronn. Samstag, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal („Rose“). L.D.: Vortrag von Kollege Beckmann über: Die Muhamedanisch-arabische Kulturperiode.

Harlesruhe. Samstag, 20. Okt., Abds. halb 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Rainbach, Kaiserstr. 13. L.D.: Einzahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag: Thomas Müntzer, die Seele des Bauernkrieges. Derrliche Angelegenheiten. Verschiedenes und Fragelasten.

Leipzig-Ost. Sonnabend, 27. Oktober, findet ein Wintervergütigen der Metallarbeiter von Leipzig-Ost statt, wozu alle Kollegen freundlichst eingeladen sind. Es wird ersucht, dies in den weitesten Kreisen zu verbreiten.

Leipzig. Sonnabend, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, 2. Stiftungsfest im Saale der „Wacht am Rhein“, wozu die Kollegen der Umgegend freundlichst eingeladen werden. — Montag, 29. Okt., Abds. 8 Uhr, im Gasthof zum „Preussischen Hof“, Mitgliederversammlung.

Leipzig. Montag, 22. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im „Holländer“. L.D.: Abrechnung. Vortrag des Herrn Redakteur Rauch über: Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter. Diskussion.

Luderswalde. Sonnabend, 20. Okt., Mitglieder-Versammlung bei Witwe Schüge.

Münchberg. Sonnabend, 20. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn G. Maier, Nikolaiskirche 2.

Mainz. Sonntag, 21. Okt., Agitationsausflug nach Rüsselsheim. Alle Kollegen von Mainz, Gustavsburg-Kostheim mögen sich hieran betheiligen. Abfahrt in Mainz vom Neuthorbahnhof um 2 Uhr 46 Min. Nachmittags.

München. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 27. Oktober, Mitgliederversammlung. L.D.: Vortrag. Sektionsangelegenheiten, u. A. Beschlusfassung über eine Familienunterhaltung. Fragelasten und Verschiedenes.

München. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „König von England“. Vortrag über: Die Entstehung der Erde. Referent: Genosse Köhler. Die Mitglieder werden ersucht, kräftig zu agitieren.

München. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 27. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im Saale des Herrn Herzog, Neuthorstr., außerordentliche Mitglieder-Versammlung. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes.

München. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, im „Jamenthal“ Mitgliederversammlung. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Verschiedenes. Fragelasten.

Oberneul i. S. Samstag, 20. Okt., Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal („Felsenkeller“). L.D.: Abrechnung. Bericht des Delegierten von der Konferenz in Darmstadt. Fragelasten. Verschiedenes. — Die Restanten werden sämmtlich auf ihre Pflichten erinnert. — In Folge Revision der

Bibliothek werden alle Mitglieder ersucht, die entnommenen Bücher mitzubringen.

Offenburg. Samstag, 27. Okt., im „Schützen“ (Lebenszimmer), Mitglieder-Versammlung. L.D.: Die bevorstehende Vertreterwahl zur hiesigen Ortskrankenkasse. Pforzheim. Montag, 22. Oktober, fällt die allgemeine Mitgliederversammlung aus, weil an diesem Tage ausnahmsweise belegt ist. Die nächste gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung findet Montag, 29. Okt., Abds. 8 Uhr, im oberen Saale des „gold. Löwen“ statt.

Rosslau. Sonnabend, 20. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei F. Schulze, Lindenstraße. Tagesordnung im Lokal.

Rudla. Sonntag, 21. Okt., Nachm. halb 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal zum „Lobenschlag“. L.D.: Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes.

Schalk. Sonnabend, 27. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Netzebeck, Friedrichstraße, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Schlema. Sonntag, 28. Okt., Nachm. 3 Uhr, Monatsversammlung der Einzelmitglieder des D. M. V. im Gasthof zur „Grünen Wiege“ in Oberschlema. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragszahlung. Fragelasten.

Schmölln. Sonntag, 21. Okt., Nachm. halb 4 Uhr, Mitglieder-Versammlung

in Grell's Restauration. L.D.: Beitragszahlung. Abrechnung. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Suttlingen. Donnerstag, 25. Okt., Abds. 8 Uhr, bei Bonis Storz, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Einzahlung der Beiträge. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes und Fragelasten. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls § 3, Abs. 6a des Verbandsstatuts in Anwendung gebracht wird. — Samstag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, Stiftungsfest, verbunden mit Tanz, Gesang, Feirede, Theater und Deklamationen. Zu dieser Feier sind die Verbandskollegen, der Gesangsverein „Freiheit“ und die Mitglieder der vereinigten Gewerkschaften freundlichst eingeladen.

Tillingen. Samstag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Felsen“. Tagesordnung im Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreicher und pünktlicher zu den Versammlungen zu erscheinen.

Tittau. Dienstag, 28. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in Hermann's Restauration, äußere Dyblinerstraße, Zahlabend.

Wurzen. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 20. Okt., Abds. halb 9 Uhr, in „Stadt Wien“, Versammlung. L.D.: Vorlesung über: Weltklopfung. Zum Achtstundentag. Mittheilungen. Fragelasten.

Anzeigen.

Adolf Herold. Am 13. Oktober starb in Folge Absturzes vom Dache unser eifriges und treues Mitglied, der 2. Vorsitzende Adolf Herold aus Walbau. Ehre seinem Andenken. Ortsverwaltung Bremen.

Das Buch des Schlossers v. Schwarze aus Dresden ist verloren gegangen. Die Verwaltungsstellen werden ersucht, dasselbe anzuhalten und sofort bekannt zu geben, damit der Eigentümer sich melden kann.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen um die Adresse des Formers Philipp Klein, geb. am 20. November 1875 zu Wünschwalb im Hundrüd, eingetretten in Duisburg, Buch Nr. 82907, sowie des Drebers Friedrich Fudenrodt, geboren am 6. März 1855 zu Ubershausen, eingetretten in Duisburg, Buch Nr. 67914.

Der Mechaniker Chr. Reiß aus Waukeim wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Verbandsherberge und die Ortsverwaltung Jena nachzukommen.

Sämmtliche Vertrauensente und Kollegen werden gebeten, ev. die Adresse des Schmiedes Louis Hartmann aus Hannover an den Kassier der Filiale Kassel, B. Ehrlichmann, Töpfermarkt 4, gelangen zu lassen.

Vor dem Formner Michael Mahler wird gewarnt. Man lasse ihm keinen Vertrauensposten bekleiden, da er seinen Verpflichtungen gegen die Filiale Erfurt noch nicht nachgekommen ist und es durch Aufschneiden sehr gut versteht, sich das Vertrauen der Kollegen am Orte zu erschleichen.

Der Formner Franz Bize aus Bernburg wird dringend gebeten, seine Adresse anzugeben oder sofort nach Hause zu kommen. C. Freyner, Vertrauensmann, Bernburg.

Diejenigen Ortsverwaltungen, welche den Aufenthalt des Klempners Franz Runtsch aus Dresden, Buch Nr. 60889, wissen, werden ersucht, mir die Adresse desselben zukommen zu lassen, ev. wollen sie s. an seine Verpflichtungen gegen den Arbeitsnachweis der Klempner Braunschweigs erinnern. Wilhelm Böckling, Obmann, Braunschweig, Rosena. 93, II

Der Feilenhauer Josef Klein aus Raitowitz in Schleifen wird ersucht, seine Adresse an den Arbeiter Bosh oder an die Ortsverwaltung Presh in Holfstein einzulassen.

Der Formner Hermann Weyer, geb. in Ebing, wird ersucht, seine jetzige Adresse der Ortsverwaltung Ebing anzuzeigen. Seine Angehörigen möchten dieselbe wegen Erbschaftscaution gerne wissen.

Der Jungteker Alois Hedenkaller, B. Nr. 57501, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Ortsverwaltung Regensburg umgehend nachzukommen, widrigenfalls wir gegenwärtig sind, andere Maßregeln zu ergreifen. — Desgleichen der Schlosser Ludwig Hoffmann, B. Nr. 36633. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Weiden zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu veranlassen, oder ev. deren Adresse einzufordern.

Fachschriften für Metallarbeiter.

Franko-Zufendung bei Einfindung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen. Joh. Fassenbach, Bücher-Verant und Verlag, Berlin 4.

Kautschuktempel von M. 1,40 an. Otto Genzky, Burgstr. 1, Hannover.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 3 Karten, geb. Mark 1.50. Durch J. Schorm, Nürnberg u. alle Buchhandl.

Neueste Orts- und Landeskunde. Seeben erschien vollständig: Neumanns Orts-Lexikon des Deutschen Reichs, dritte, von Direktor W. Keil neubearbeitete Auflage, mit 31 Städteplänen, 3 Karten u. 275 Wappenbildern. In Halbleder geb. 15 Mk. oder 26 Bieferungen zu je 50 Pf. Ein Hülfsmittel ersten Ranges, enthält in ca. 70.000 Artikeln alle auf Deutschland bezüglichen topographischen Namen, sämtliche Staaten und deren Verwaltungsbereiche sowie alle irgendwie erwähnenswerten Ortschaften, die Einwohnerzahlen, die Erhebungen über die Religionsverhältnisse, Angaben über die Verkehrsanstalten, Banken, Behörden, Kirchen, Schulen, die Garnison, Gerichtsorganisation, Industrie, Handel und Gewerbe sowie zahlreiche historische Notizen. — Prospekte gratis, die erste Bieferung zur Ansicht durch jede Buchhandlung. — Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig-Wien.